

Wöchentlich 75 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag  
8. November 1927

Groß-Berlin 15 Pf.  
Auswärts 20 Pf.

Die einseitige Kompartimentierung des Wagnis. Reklamezettel 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das feiggedruckte Wort 25 Pfennig (günstig zwei feiggedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen ihre Abonnementzeit 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 1, wochentags von 9/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Drucker: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 1111 Berlin SW 68.

# Gewerkschafter, hinein in die Partei!

## Die Partei muß stark sein!

Von Richard Seidel.

Der Grundsatz der politischen Neutralität der Gewerkschaften bedeutet nicht, daß die Gewerkschaften am politischen Leben uninteressiert sind und politische Abstinenz zu üben gebieten. Politische Neutralität ist jedoch insofern Lebensgefehr der Gewerkschaftsbewegung, als sie bestrebt sein muß, die Gesamtheit der Arbeiterfrage ohne Rücksicht auf ein politisches Bekenntnis des einzelnen in ihren Reihen zu vereinigen und sich die taktische Unabhängigkeit und organisatorische Selbstständigkeit nach allen Seiten hin, auch in ihrem Verhältnis zu politischen Parteien zu sichern.

Denn sie bedarf eines Verhältnisses zum politischen Leben, das durch ein positives Verhältnis zu einer geistesverwandten politischen Partei vermittelt wird, um die Wirkungen ihres Wollens und Handelns zur letzten Auslösung zu bringen. Man bezeichnet die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft. Ihre Aufgabe liegt auf einer anderen Ebene als die der Partei. Aber ebenso wie Wirtschaft und Staat nicht als weisensfremde Elemente, sondern nur als verschiedene Funktionsformen eines Gesellschaftskörpers gelten können, ebenso führen von dem Wirken der Gewerkschaften auf der sozialökonomischen Ebene des Gewerkschaftsorganen tausend Beziehungen hin zur Tätigkeit der Partei auf politischem Boden. Die Gewerkschaftsbewegung wirkt in der Tiefe des sozialen Lebens. Ihr Einfluß berührt heute das Interesse des letzten Arbeiters im kleinsten Betriebe und ihr Wirken umfaßt das soziale Schicksal des einzelnen Arbeitnehmers in seiner Totalität. Die Gewerkschaftsbewegung sucht dem unmittelbaren sozialen Gegner der Arbeitnehmerschaft, dem Unternehmertum, ständig neue Zugeständnisse abzurufen, die sich fortschreitend auf alle Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses ausdehnen, des Arbeitsverhältnisses, in dessen Inhalt das soziale Schicksal des Arbeitnehmers beschlossen liegt. Indem sie auf dieser Linie ihres Wirkens Erfolge erzielt, verschiebt sie das Bild der sozialen Machtverhältnisse, verändert sie die Bindungen des sozialen Lebens zum Vorteil der Arbeitnehmer. Damit schafft die Gewerkschaftsbewegung neue soziale Tatsachen.

Dann aber strebt sie danach, ihre Errungenschaften, die in diesen sozialen Tatsachen zum Ausdruck kommen, durch die Gesetzgebung rechtlich zu sichern. Die Geschichte der deutschen Sozialpolitik ist voll von Beispielen für einen solchen Werdegang sozialpolitischer Gesetze. Es begann damit, daß die Führer der Gewerkschaften den Eingriff des Staates in die Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Hilfe der Arbeiterzuschußgesetzgebung forderten, für solche Gruppen von Arbeitnehmern, die den gewerkschaftlichen Selbstschutz nur mit geringem Erfolge anwenden konnten, des Schutzes gegen die Willkür des wirtschaftlich stärkeren Partners des einzelnen Arbeitsverhältnisses, des Unternehmers, jedoch am meisten bedurften, wie Jugendliche, Frauen, Heimarbeiter. Und schon hierbei stand die Partei mit ihrem politischen Einfluß den Gewerkschaften zur Seite. Aber der Umfang der sozialpolitischen Gesetzgebung wuchs bald hinaus über diesen Rahmen, und heute gibt es keine Gruppe von Arbeitnehmern mehr, die nicht interessiert wäre an dem Bestand und der Pflege der sozialen Gesetzgebung und damit an einer starken Stellung eines politischen Machtzentrums, einer Partei, von der die Arbeitnehmerschaft die Gewißheit haben kann, daß sie ihren Einfluß in Uebereinstimmung mit den Forderungen und Erfordernissen der Gewerkschaften anwendet. Die Arbeitslosenversicherung geht alle an und die gesetzliche Bestimmung eines Höchstarbeitstages ist gleichfalls ein Beispiel für die Sicherung gewerkschaftlicher Erfolge mit politischen Mitteln, das die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft betrifft.

Aber dieses politische und Parteinteresse der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder beschränkt sich nicht auf die Sozialgesetzgebung. Es ist unbegrenzt, das heißt, es findet seine Grenze nur dort, wo die Grenze der Funktion der Parteien, der Gesetzgebung, des Staates überhaupt liegt. Viele wichtige Aufgaben des Staates und der Gesetzgebung, auf die ein unmittelbarer Einfluß mit den der Gewerkschaftsbewegung eigentümlichen Machtmitteln nicht ausgeübt werden kann, über die vollends in der Sphäre des politischen Lebens entschieden wird, wirken gleichwohl zurück auf die soziale Lage der Arbeitnehmerschaft, also auf die Region des gewerkschaftlichen Wirkens. Denn es kann, um auch hierfür ein Beispiel anzuführen, den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern nicht gleichgültig sein, ob infolge einer den Interessen der Arbeitnehmerschaft ungünstigen politischen Macht-

konstellation Lohnerhöhungen, die mit Opfern erlangt wurden, durch eine entsprechende Steuerpolitik weggesteuert werden. Die Arbeiterschaft hat im Gegenteil ein Interesse an einer Steuerpolitik, die das Lohn-einkommen schon und den Unternehmergewinn angreift. Und es ist von größter Bedeutung für die nachhaltige Wirkung gewerkschaftlicher Erfolge, daß das durch diese Erfolge bestimmte Reallohniveau nicht wieder gesenkt wird durch eine die Lebenshaltung verteuernde Zoll- und Handelsvertragspolitik.

Auch damit ist jedoch die Grenze des politischen Interesses der Gewerkschaften und der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer nicht erreicht. Denn um ihre Mission erfüllen zu können, bedarf die Gewerkschaftsbewegung unbeschränkter Koalitionsfreiheit. Sie wird ihr nur gewährt sein in einem freien Staatswesen, das die Betätigung der Gewerkschaften grundsätzlich billigt, die soziale Funktion der Gewerkschaften als lebensnotwendig für das Wohl des gesellschaftlichen Ganzen anerkennt und nicht nur die einzelne Arbeitskraft, sondern auch die Koalition der Arbeitskräfte ausdrücklich unter den Schutz der Gesetzgebung stellt. Fehlt es im Staatswesen an dieser grundsätzlich positiven Haltung der herrschenden Gewalten zur Gewerkschaftsbewegung, dann werden selbst relativ günstig lautende gesetzliche Bestimmungen nicht hindern, daß der gewerkschaftlichen Aktion tausend Hemmnisse in den Weg gelegt werden. Im wilhelminischen Reiche haben wir das hinreichend kennen gelernt. Denn die Parlamente machen die Gesetze, aber die Organe der Verwaltung wenden sie an. Und die Macht der Verwaltungsorgane ist groß, ihre Möglichkeiten sind nicht gering. Woraus sich ergibt, daß auch ein starkes Interesse der Gewerkschaften am Charakter der Staatsverwaltung, ein Interesse daran besteht, welche Gesinnung in der Verwaltung lebendig sind. Wir verspüren das am stärksten und sind als Gewerkschafter am empfindlichsten gegen den Einfluß der Staatsverwaltung dann, wenn dieser Einfluß sichtbar wird in den

Institutionen des Staatsgefüges, die direkt im Zusammenhang stehen mit der Tätigkeit und den dringendsten Lebensinteressen der Gewerkschaften. Als Fälle dieser Art nennen wir die Verfassung der Arbeitsgerichtsbehörden und der Organe der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Hier stehen Staatsverwaltung und Gewerkschaftsorganisation in engster Fühlung miteinander.

Somit ist klar, daß die Gewerkschaftsbewegung auf eine Einflußnahme auf die Staatsgewalt nicht verzichten darf. Sie kann diesen Einfluß im demokratischen Staatswesen nur geltend machen auf dem Wege über das Parlament und mit Hilfe einer politischen Partei. Das enge nachbarliche Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei, das die deutschen Gewerkschaften während der ganzen Dauer ihrer Geschichte gepflegt haben, wäre daher schon durch diese nüchternen, praktischen Erwägungen gerechtfertigt, wenn es nicht vor allem auf der gleichen geistigen Grundhaltung und der Gemeinamkeit des über die gegenwärtige Sozialordnung hinausweisenden Zieles beruhte. Und es hat sich während dieser ganzen Dauer der Geschichte der Gewerkschaften immer wieder erwiesen, daß von allen politischen Parteien die Sozialdemokratie die einzige ist, die die Gewerkschaften ihre Interessen zu treuen Händen übergeben können und die zugleich bereit ist, in allen ihren Handlungen, die gewerkschaftliche Interessen berühren, ihre Entscheidungen im innigsten kameradschaftlichen Einvernehmen mit den Gewerkschaften zu treffen. Daher wird jede Steigerung der Macht der Sozialdemokratischen Partei, jeder Gewinn an Mitgliedern, dessen sie sich erfreut, von den Gewerkschaften mit der gleichen Begeisterung begrüßt, wie der eigene Erfolg. Daher trägt jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer, der der Partei als Mitglied angehört, in reichem Maße zur vollen Ausnutzung gewerkschaftlicher Möglichkeiten und Erfolge bei, als der andere, welcher der Partei fernbleibt.

# Sturmdebatte in Moskau.

## Stalin, der Arbeiterverräter — Trozki, der Totengräber der Revolution.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß die russische Kommunistische Partei beschlossen hat, der „Pravda“ eine Diskussionsbeilage beizufügen, auf der die Reden wiedergegeben werden sollen, die auf dem Oktoberplenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der russischen Kommunistischen Partei gehalten wurden. Wir geben einen Auszug aus diesen Reden wieder.

### Sinowjew redet gegen das Zentralkomitee.

Sinowjew zählt die politischen Fehler auf, die die Kommunistische Partei unter Stalins Leitung begangen hat. Er sagt: „Auf internationalem Gebiet lautet Stalins Passivum: Erstens der Verlust der chinesischen Revolution (natürlich, sie wird neu entstehen); zweitens der schmachvolle Bankrott der Blockpolitik mit den Verrätern aus dem Generalfstab.“

Eine Stimme: Das ist ja eben deine Politik. Du warst ja der Vorsitzende.

Sinowjew: Drittens die Beschleunigung des Bruches Englands mit der Sowjetunion. Viertens der beinahe zustandegewonnene Bruch mit Frankreich. Fünftens der Schritt auf dem Wege der Anerkennung der Vorkriegsschuldner. Sechstens der Beginn der Spaltung der kommunistischen Internationale.

Eine Stimme: Du vergißt die Dürre.

Sinowjew: Die Auslieferung einer Reihe von kommunistischen Parteien an die Rechten (ununterbrochener Lärm im Saal. Rufe von den Plätzen). In der Innenpolitik beträgt das Passivum Stalins: Erstens eine Verzögerung in der Verbesserung der Lage der Arbeiter. Zweitens eine gewisse Kühle in der Arbeiterklasse zur jetzigen Politik des Zentralkomitees.

Comow: Die Dürre hast du vergessen. Das Erdbeben in der Krim. (Lärm, Aufregung im Saal.)

Sinowjew: Drittens das Anwachsen der Kuliszen. Viertens die Verschlechterung der Stimmung im Dorfe.

Ishubar: Und die Viehseuche.

Sinowjew: Insbesondere das Wachstum der Agitation für den „Bauernbund“.

Eine Stimme: Du bist es ja selbst.

Sinowjew: Fünftens der Mißerfolg in der Kampagne des

Preisobbaus. Sechstens die Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Eine Stimme: Du hast ja die Einheitsfront propagiert.

Sinowjew: Siebentens eine gewisse Verschärfung in der Ernährungsfrage. Achters ein Anwachsen nicht allein der ökonomischen, sondern auch der politischen Macht der neuen Bourgeoisie, des Regiments, des Kulaks und der Bürokratie.

Eine Stimme: Schämst du dich denn gar nicht! (Ununterbrochener Lärm im Saal.)

Sinowjew: Wessen kann sich nun die Stalinsche Führung rühmen... (Lärm im Saal, Rufe, nichts zu verstehen)... Vor der Partei, vor der Arbeiterklasse, vor dem Lande, vor dem internationalen Proletariat. Ein Fehler folgt auf den anderen. Ein Niederlage nach der anderen.

### Das Fazit: ein politischer Bankrott.

Petrowski: Die Ueberschwemmung! Die Ueberschwemmung hast du vergessen.

Sinowjew: Auf dem Gebiete der Parteipolitik lautet das Passivum Stalins: Die Partei steht unmittelbar vor der Gefahr einer Spaltung. Einen harten Kampf der Plattformen gab es auch früher vor den Parteikongressen, auch bei Lenins Lebzeiten. Der Ausschluß von Hunderten der besten, altbewährten Arbeiter bolschewiki, der Ausschluß solcher Funktionäre, wie Preobraschenski, Scharow, Serebrjajow, Sarkis, Wujowitsch, Matzjokowski... Eine Stimme: Dajschowski!

Sinowjew: Gab es je etwas Ähnliches bei uns früher, um so mehr vor einem Parteikongreß! Ich rede nicht von den Hauskaltungen, Verhandlungen, von denen die gesamte Partei und die gesamte Arbeiterklasse immer mehr erfährt...

Ihr habt die einzelnen Abgänge von uns aufgebauscht. Wenn zehn Mann unter dem Druck der Parteiapparates ihre Unterschriften unter der Deklaration der 83 zurücknehmen, so drückt ihr es wochenlang ab und schreibt: Zerfall. Wenn wir aber auch, wie es in diesen Tagen geschehen ist, etwa noch tausend Unterschriften zu der Deklaration der 83 eingeschickt haben, so verschweigt ihr das. Die richtigen Ansichten der Opposition bahnen sich aber den Weg in die Massen und innerhalb der Sowjetunion, und in der kommunistischen Internationale, in der wir in der letzten Zeit auch stark an Anhängern gewinnen. (Starker Lärm, Rufe, Stimmen: Was ist...)

Dummheiten.) Eine absolute Kurzsichtigkeit bedeutet es, die Lenin-  
grader Demonstration vom 17. Oktober zu unterschätzen. (Rufe,  
Lärm. Eine Stimme: Schämt ihr euch denn nicht.)

Die Arbeitermassen stimmen bei uns in Russland während der  
ganzen Revolution in einer eigenartigen Form. Am 17. Okto-  
ber 1927 haben sie auch in ihrer Weise, in einer sehr  
eigenartigen Weise gestimmt. (Zwischenrufe, Lärm, die Glocke des  
Präsidenten.) Seid nicht blind und taub. Wartet auf die Stimme  
der Leningrader Arbeiter! (Zwischenrufe, Lärm. Stimmen: Ver-  
leumdung, Lüge.)

Es wäre der größte Fehler, den ihr begehen könntet,  
wenn ihr das Kräfteverhältnis in diesem Saale dem  
Kräfteverhältnis in der Partei und in der Arbeiter-  
klasse gleichsetzen wölltet.

Das wäre ein verhängnisvoller Fehler. Die Opposition ist  
bereits jetzt eine Massenbewegung innerhalb der  
Partei... (Lärm, Rufe: Verleumdung! Oh!) und innerhalb  
der Arbeiterklasse. Eure Verfolgungen werden uns nur nähern!  
Der größte Fehler ist es, zu glauben, daß man alle Streitigkeiten  
mit Repressalien, Druck und Gewalt lösen könne. Im politischen  
Kampf gibt es oft Situationen, wo Druck und Gewalt nur  
den Widerstand steigern, und die Meinung, die man unter-  
drücken will, der Volksmasse näherbringen und sie ihr populärer  
machen. Niemand fordert eine „Ideale“, eine vollkommene Wieder-  
einführung der Demokratie. Es sind schwere Zeiten, das verstehen  
wir. Es werden noch mehr Schwierigkeiten kommen.

Stimmen: Runter, genug. (Die Glocke des Präsidenten.)  
Sinowjew: Nur noch einige Minuten. (Lärm, Glocke der Prä-  
sidenten. Zurufe: Genug, mach daß du fortkommst!)  
Wenn ich es in zwei Worten sagen soll, so kann die gegenwärtige  
Situation unseres Kampfes in der Partei wie folgt ausgedrückt  
werden: Entweder werdet ihr uns die Möglichkeit geben müssen, in  
der Partei zur Partei zu sprechen oder ihr werdet uns alle ver-  
hassten müssen. Eine andere Wahl gibt es nicht. (Gelächter. Die  
Glocke des Präsidenten. Stimmen: Genug, runter von der Tribüne,  
raus! Unter Lärm, Schreien und Rufen: Runter, runter verläßt  
Genosse Sinowjew die Tribüne.)

### Trotski spricht.

Trotski: Mein Vorschlag, die Angelegenheit des Wrangel'schen  
Offiziers und der militärischen Verschwörung besonders zu be-  
handeln, ist abgelehnt worden.

Stworzow Stepanow: Wieder. Ach, ach, ach. Eine Schmach!  
Trotski: Ich habe die grundsätzliche Frage gestellt, weshalb, wie  
und durch wen die Partei betrogen wurde, als ihr gesagt wurde,  
daß die Kommunisten, die mit der Opposition in Verbindung stehen,  
an einer konterrevolutionären Organisation teilnehmen.

Deshalb versucht man diese Frage durch die Diskussion  
über die Opposition zu vertuschen. Alle Dokumente, die  
Renschinski veröffentlicht hat, sprechen aber gegen die selbige Politik.  
Darüber hat Sinowjew gesprochen. Ich habe nur die Grundfrage  
zu stellen: Auf welche Weise und

weshalb die heute führende Fraktion (Stworzow-  
Stephanow-Fraktion?) sich gezwungen sah, die Par-  
tei zu betrügen und einen Agenten der G. P. U.  
(Tscheta) als Wrangeloffizier auszugeben

und Teile der noch nicht zu Ende geführten Untersuchung heraus-  
zuwerfen, um die Partei durch falsche Mitteilungen über die Teil-  
nahme der Oppositionsmitglieder an konterrevolutionären Verschwö-  
rungen zu schrecken. Woher kommt das? Wohin führt es? Allein  
diese Fragen haben politische Bedeutung. Alles andere kommt in  
zweiter, in zehnter Reihe. Der heutige Organisationskrieg, Stalin  
ist nur ein Vorzeichen zu seinem politischen Zusammenbruch. Es ist un-  
möglich, ihn aufzuhalten. . . .

Tschubar: Jetzt zitiert er schon den „Sozialistischen Boten“.  
Trotski: . . . und er wird entsprechend dem Stalin'schen Regime  
auf einmal eintreten. Aufgabe der Opposition ist, dafür zu sorgen,  
daß die Folgen der verhängnisvollen Politik der heutigen Führung  
der Partei und der mit ihr verbundenen Klassen so wenig als mög-  
lich Schaden zufügen möge.

Ihr wollt uns aus dem Zentralkomitee ausschließen. Wir ver-  
stehen, daß diese Maßnahme vollkommen der Linie der jetzigen  
Partei-Führung in diesem Stadium ihrer Entwicklung, oder, besser  
gesagt, ihres Zusammenbruchs entspricht. Die führende Fraktion,  
die hunderte unserer besten Parteimitglieder, unerschütterliche Ar-  
beiterbolshewisten, ausschließt. Der Apparat der Fraktion, der es  
wagt, solche Bolshewisten wie Krasschowski, Serebratow, Pro-  
brauckinski, Scharoff, Sarkis, Wujomisch auszuschließen, mit anderen  
Worten Genossen, die imstande wären, ein Parteisekretariat zu  
bilden, das unermesslich mehr Autorität besitzen  
würde, viel vorbereiteter und unermesslich mehr im Sinne Lenins  
(Lärm. . . .)

Woroshilow: Eure Partei ist das Sekretariat.

Petrowski: Eine menschewistische Rede.

Trotski: . . . als das heutige Sekretariat. (Lärm.) Die  
Fraktion Stalin-Bucharin, die in das Innere gefän-  
gis der G. P. U. so vorzügliche Parteimitglieder wie Reichajew,  
Styhold, Wassiljew, Schmidt, Fischilew und viele andere. Eine  
Apparat-Fraktion, die sich allein über Wasser hält durch Verge-  
wältigung der Partei, durch Erzwörung des Parteigedankens, durch Des-  
organisation der proletarischen Avantgarde nicht allein innerhalb der  
Sowjet-Union, sondern auch in der ganzen Welt; eine durch und  
durch opportunistische Fraktion, die im Laufe des letzten Jahres mit  
sich schleppende Tschankalschiel, Sun Jui Sun, Purcell, Hid, Ben  
Tillet, Kusinow, Smeral (Lärm), Peyer, Heinz Reumann, Marti-  
now, Kondraszew und Ursipalow . . . .

Petrowski: Eine empörende Rede, eine menschewistische  
Rede — einfach schrecklich!

Stropnik: Was für Gemeinheiten reden Sie, Trotski.

Trotski: . . . Solch eine Fraktion kann uns im Zentralkomitee  
selbst einen Monat vor dem Parteikongreß nicht dulden. Dafür  
haben wir Verständnis. Unsere Plattform hat man versteckt. Rich-  
tiger gesagt, man hat sie zu verstecken versucht. (Lärm.)

Babuschkina: Euch muß man verdecken.

Stropnik: Wozu hört man ihn überhaupt an. Das ist ja nichts  
anderes als ein Geschimpfe auf das Zentralkomitee.

Golofschewski: Er tröstet sich selbst.

Trotski: Was bedeutet diese Furcht vor der Plattform. Es  
ist klar:

Die Furcht vor der Plattform bedeutet nichts  
anderes, als die Furcht vor den Massen. Wir haben  
am 8. September erklärt, daß wir unsere Plattform  
allen Verbänden zuwider zur Kenntnis der Partei  
bringen werden. Wir haben es getan. Wir werden  
unsere Arbeit zu Ende führen.

Die Genossen Krasschowski, Fischilew und die  
übrigen Verhafteten, die unsere Plattform gedruckt  
und verbreitet haben, handelten und handeln vollkommen folgerichtig

## Die Sozialdemokratie marschiert!

### Die Sprache der Wahlziffern.

Die Gemeindevahlen in Altona, Hamburg, Oldenburg und  
Mecklenburg haben stattgefunden. Landtagswahlen in Bremen,  
Braunschweig und Hessen stehen bevor.

Die Ergebnisse der bisherigen Wahlen zeigen die Sozialdemo-  
kratie im Vormarsch. Hier sind die Ziffern.

Sozialdemokratische Stimmen in Hamburg:  
7. Dezember 1924: 203 431 32,2 Proj. der abgeg. Stimmen  
9. Oktober 1927: 248 163 38,1 - - - - -

Sozialdemokratische Stimmen in Oldenburg  
und Rastlingen:  
1924: 12 078 35,5 Proj. der abgeg. Stimmen  
1927: 17 849 39,5 - - - - -

Das Bild von Mecklenburg ist das gleiche. Die Lehre der  
bisherigen Wahlen lautet: gleichmäßiges Wachstum der Sozial-  
demokratie! Sie sind ein Ansporn zu neuer begeisterter Arbeit, zur  
organisatorischen Befestigung des neu gewonnenen  
Einflusses in der Wählerschaft.

## Wahlkampf im Bürgerblock!

### Eine Stimme aus dem Zentrum der Industrie.

Essen, 7. November. (Eigenbericht.)

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ veröffentlicht am  
Montag einen von „herausragender industrieller  
Seite“ stammenden Artikel, der sowohl an der Reparationspolitik  
des Bürgerblocks wie an der Finanzwirtschaft des Reiches kein gutes  
Haar läßt. Trotsdem warnt die „herausragende Seite“ vor einer  
Verstärkung der Opposition gegen den Bürgerblock, augenscheinlich  
aus Furcht vor vorzeitigen Neuwahlen. Unter dem Hinweis auf die  
sozialdemokratische Opposition wird nämlich betont,  
deren Schärfe habe allmählich so zugenommen, „daß schon jetzt vielfach  
für den Winter mit Wahlen und den in ihrem Gefolge  
möglichen unangenehmen Begleiterscheinungen gerechnet wird“. Diese  
möglichen unangenehmen Begleiterscheinungen haben nach der  
„Bergwerks-Zeitung“ mit anderen Vorgängen „fast überall eine  
starke Nervosität erzeugt“ und es wird von dem Artikelschreiber ge-  
fordert, „den Momenten und Elementen bald ein Ende ge-  
macht wird“.

mit uns, den oppositionellen Mitgliedern des Zentralkomitees und  
der zentralen Kontrollkommission. Wir übernehmen dafür die Ver-  
antwortung. (Lärm.)

Das hauptsächlichste Charakteristikum des jetzigen Parteistandes  
ist, daß er an die Allmacht der Vergewaltigung glaubt, selbst in bezug  
auf die eigene Partei.

Babuschkina: Er liest den Sozialistischen Boten! Der Kleinbürger  
im proletarischen Staat! Rufe: Renschewit!

Trotski: Bei der Lenin'schen Führung, bei der Lenin'schen Zu-  
sammenfassung des Politbureaus spielte der Generalsekretär nur  
eine untergeordnete Rolle. (Lärm.) Die Lage hat sich geändert seit  
Lenins Krankheit. Die Auswahl der Leute durch das Sekretariat  
ging unabhängig von der politischen Linie vor sich.

Das war der Grund, weshalb Lenin die Bedeu-  
tung seines Rücktritts von der Arbeit abwog,  
der Partei noch den letzten Rat erteilt hat: Nehmt  
Stalin weg, der die Partei zur Spaltung und Ver-  
nichtung führt.

Stepanow Stworzow: Alte Verleumdungen.

Talberg: Auch Du Schwärzerhans! Du Prohlhans! Rufe:  
Schmach!

Stropnik: So weit ist es gekommen. Welch eine Gemeinheit!  
(Rufe: Lüge.)

Petrowski: Sie verächtlicher Renschewit.

Kallala: Kleinbürger, Kapitaler. (Eine Stimme: Martow!)  
Nachdem Trotski die sozialen Elemente charakterisiert hat, die  
Stalin um sich im Kampfe gegen die Opposition vereinigt hat,  
spricht er:

Entscheidend ist nicht der Rücktritt, sondern die grund-  
sätzliche politische Linie, entscheidend ist die Wahl der  
Bestimmungsgegenossen, entscheidend sind die Kadres, entscheidend ist die  
soziale Stütze, die die Partei hat. Man kann nicht einerseits mit  
einer Hand die Arbeiterzellen würgen und andererseits gegen den  
Kulaken vorklopfen wollen. Eines ist mit dem anderen unvereinbar.  
(Lärm, Pfeifen.)

Rufe: Leningrader der Revolution! Schmach! Runter! Runter  
mit diesem Gewürm! Nieder mit dem Renegaten!

Trotski spricht weiter, aber seine Worte gehen im Lärm unter.  
Mit den Rufen „Runter“ vermischt sich lautes Pfeifen. Der  
Vorsitzende schwingt vergeblich seine Glocke und unterbricht die  
Sitzung. Genosse Trotski legt aber seine Rede fort. Die Mitglieder  
des Plenums erheben sich von ihren Plätzen und verlassen den Saal.

## Der Rote Tag in Moskau.

Moskau, 7. November.

Im Mittelpunkt der Feier des 10. Jahrestages der Begründung  
der Sowjet Herrschaft stand die Veranstaltung auf dem Roten  
Platz. Vom frühen Morgen an zogen aus den Fabrikvierteln  
Züge von Demonstranten, die insgesamt auf über eine Million  
geschätzt werden, auf den Roten Platz. Auf der Tribüne des Lenin-  
Mausoleums versammelten sich die Mitglieder der Regierung,  
des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, des revolutionären  
Kriegsrats und des Präsidiums des Zentralrates der Sowjetgewerks-  
schaften. Zu beiden Seiten des Mausoleums gruppierten sich die  
Mitglieder des diplomatischen Korps und Hunderte von Delegierten  
aus dem Auslande. Die Parade der Roten Armee unter dem  
Kommando Woroschilows nahm Kallinin ab. Nach ihm sprachen  
Bucharin im Namen des Zentralkomitees der kommunistischen  
Partei und Galka über namens der kommunistischen Internatio-  
nale. Die Umzüge mit Musikkapellen, Bannern, Plakaten und  
Allegorien dauerten bis zum Eintritt der Dunkelheit.

## Sturm auf das Sowjetkonsulat in Schanghai.

Schanghai, 7. November.

Ein erster Zwischenfall, der den Tod von mehreren  
Personen zur Folge hatte, ereignete sich am Montag im Zusammen-  
hang mit der im russischen Konsulat veranstalteten Revolutions-  
feier. Etwa 300 Weiskrauten stürmten das Konsulat und drangen  
in das Gebäude ein. Aus dem Konsulat wurde gefeuert und zwei  
Personen, darunter eine Frau, getötet und fünf verwundet.

## Hessen im Wahlkampf.

Wahltag: 13. November.

Darmstadt, 7. November. (Eigenbericht.)

Der heftige Landtagswahlkampf ist in vollem  
Gange. Trotsdem sind die Wahlversammlungen der Parteien im all-  
gemeinen nur schwach besucht. Die Wahlumgebungen  
des Reichsbanners weisen dagegen eine außergewöhnliche Be-  
teiligung auf.

Die Rechtsparteien sind natürlich von diesem gemeinsamen  
Kampf der republikanischen Parteien sehr unangenehm berührt. Ihre  
Versammlungen finden größtenteils unter Ausschluß der Öffent-  
lichkeit statt. Die Spalterparteien, wie Nationalsozialisten,  
Wirtschaftspartei und Evangelische Volksgemeinschaft haben, da sie  
keinen Wahlvorschlag zustande brachten, Stimmhaltung  
proklamiert. Auch die Kommunisten, die sich unterein-  
ander eifrig bekämpfen, sind nur wenig aktiv. Ihre schützernen  
Störungsversuche in den Wahlumgebungen des Reichsbanners  
wurden ohne Mühe unterdrückt.

## Die unbelehrbaren Partikularisten.

Bayern droht mit einer süddeutschen Fronde.

München, 7. November. (Eigenbericht.)

Der preussische Kultusminister Dr. Becker hat sich dieser Tage  
in der Hochschule für Politik in Berlin in einem Vortrag für den  
Einheitsstaat ausgesprochen. Das Organ des bayerischen  
Ministerpräsidenten, die „Bayerische Volkspartei-Korre-  
spondenz“, nimmt dazu am Montag in einem bemerkenswert  
scharf gehaltenen Artikel Stellung, in dem es u. a. heißt:

„Dr. Becker befindet sich in einem großen Irrtum, wenn er  
meint, Bayern würde schon mitmachen. Bayern wird nicht mit-  
machen, wird niemals mitmachen und wird sich auch nicht  
zwingen lassen. Darüber soll man sich endlich einmal klar sein. Die  
deutsche Politik scheint uns sehr verhängnisvoll zu sein, die Bayern  
überhaupt erst vor entscheidende Fragen stellt, ob es mitmachen kann  
oder nicht. Man könnte Enttäuschungen erleben. Wir warnen!  
Und wie es in Bayern ist, so ist es auch in Württemberg  
und Baden. Man unterschätze die immer lauter werdenden Stimmen  
aus dem schwäbischen und dem badischen Lande nicht, die vor dem  
Beginnen warnen, den Süddeutschen vorpreußen zu wollen.  
Wir wollen keine Gespenster an die Wand malen, aber es gibt ein  
einheitliches deutsches Gefühl vom Rhein bis nach Wien.“

## Pariser Gilbert nicht zufrieden.

Mündliche Replik an Köhler.

Von unterrichteter Seite wird dem „Soz. Pressedienst“  
mitgeteilt, daß der Reparationsagent Pariser Gilbert die Ant-  
wort der deutschen Reichsregierung auf sein Memorandum als  
völlig unbesriedigend betrachtet. Seine Bedenken über die  
Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse seien  
durch das Schreiben des Reichsfinanzministers nicht im ge-  
ringsten Gegenstandes geworden.

Eine Fortsetzung des Briefwechsels ist von dem Reparations-  
agenten trotzdem nicht beabsichtigt. Pariser Gilbert will keine Antwort  
über die Antwort auf sein Memorandum dem Reichsfinanzmini-  
ster schon in aller nächster Zeit mündlich vorlegen.

## Reichsgericht gegen Reichsbanner.

Eine verworfene Revision.

Leipzig, 7. November. (Eigenbericht.)

In Wilmshausen kam es am Vorabend des Volksent-  
scheids zur Hirtenschießung zu Zusammenstößen zwischen  
Stahlhelmen und Reichsbannerleuten. Dabei wurden  
zwei Reichsbannerleute durch Messerstiche erheblich verletzt. Aber  
das Gericht ging nicht etwa gegen den völkischen Messerhalten  
vor, sondern verurteilte die Reichsbannerleute wegen Verächtlichung  
und Kränkung zu hohen Geldstrafen. Gegen dieses Urteil des Land-  
gerichts Stade vom 2. Februar 1927 legten die Reichsbannerleute  
Revision ein.

Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich am  
Montag mit der Sache. Am Ende der Sitzung des Senats und den Stahl-  
helmann belastenden Tatbestandes zur Verwertung der  
Revision.

## Das Offiziers-Gehaltsblatt beschlagnahmt!

Auf Grund des Republikshutzgesetzes.

Gestern, Montag früh, ist auf Anordnung des Landesgerichts  
Berlin-Mitte die Nr. 43 der Zeitschrift des National-  
verbandes Deutscher Offiziere „Deutsche Truppe“ wegen  
Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik beschlagnahmt  
worden. Der Verstoß ist in einem „Treulos“ überschriebenen Auf-  
satz enthalten, der sich mit der Staatsumwälzung am 9. No-  
vember befaßt und in dem es heißt: „Eine durch Verbrechen,  
Rechtsbruch, Empörung und Verrat, durch Revolution  
und Usurpation entstandene Staatsordnung und die von einer solchen  
dekreterte und oktrozierte Weimarer Verfassung ent-  
behrt jeder wirklichen Rechtsgrundlage und kann  
auch keine neue Staatsordnung schaffen.“

## Zuversichtliche Stimmung in Polen.

Auch für die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Wie von maßgebender polnischer Seite mitgeteilt wird, begrüßt  
man die Wiederaufnahme der polnisch-deutschen Wirtschafts-  
verhandlungen in Polen außerordentlich, da Polen seine  
Hauptaufgabe nunmehr unter anderem auch im Wiederaufbau seiner  
Wirtschaft und seiner Finanzen sieht. Vorläufig stecke man zwar noch  
ganz in den Vorbereitungen zu den Verhandlungen, aber es liege  
kein Grund vor, bei beiderseitigen guten Willen an dem künftigen  
Erfolge zu zweifeln.

Wie weiter in offiziellen Kreisen mit Genuehigung festge-  
stellt wird, hätten sich die polnisch-russischen Beziehungen  
bedeutend gebessert. Polen denke nicht daran, sich für  
fremde Interessen in eine aggressive Front gegen Sowjetrußland  
hineindrängen zu lassen. Was die Gerüchte über ein deutsch-  
russisches Zusammengehen anbelangt, so wisse man, daß sie über-  
trieben seien und man beunruhige sich darüber in Warschau nicht.  
Für Polen sei die litauische Situation eines litauisch-polnischen  
Kriegszustandes auf die Dauer unerträglich. Man müsse verlangen,  
daß Litauen davon abgehe. Uebrigens werde Polen die Aufrö-  
der die Wina-Frage in Genf nicht zulassen.

## Moskau für Westarp.

Beide gegen die Sozialdemokratie!

In seiner Rede auf der Festigung der Sowjetregierung am Sonntag hat Stalin als die Hauptparole in der auswärtigen Politik den Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie ausgegeben. Ebenso erläßt die kommunistische Internationale ein Manifest, das sich fast ausschließlich gegen die Sozialistische Arbeiterinternationale richtet. Der Schwindel der drohenden Kriegsgefahr läßt sich offenbar nicht länger aufrechterhalten. Nicht Churchill, nicht Chamberlain ist der Feind — der Feind ist die Labour Party. Nicht der deutsche Bürgerblock ist der Feind — der Feind ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Nicht der italienische Faschismus ist der Feind — der Feind ist die von Mussolini niedergetrampelte sozialistische Arbeiterbewegung Italiens. Nicht Poincaré, nicht Marin ist der Feind — der Feind ist die Sozialistische Partei Frankreichs. Nicht Seipel ist der Feind — der Feind ist Otto Bauer und Karl Renner. Und so weiter.

Ob man etwa in Moskau glaubt, mit dieser Parole von dem Kampf im eigenen Lager abzulenken? Oder befürchtet man die Rückwirkung der immer stärkeren Annäherung Sowjetrußlands an die kapitalistische Welt — siehe zuletzt die angeforderte Beteiligung der Russen an der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes — auf die bisherigen kommunistischen Mißläufern? Oder glaubt man gar, die wenigen ausländischen Sozialisten, die sich haben breitschlagen lassen, mit den Rußlanddelegationen nach Moskau zu fahren, leichter für die Sache des Bolschewismus zu gewinnen, wenn man ihre bisherige Partei beschimpft und sie als Hauptfeind der Arbeiterschaft hinstellt?

Gleichviel, aus welchen Beweggründen die Moskauer Strategen ihre neueste Parole ausgegeben haben, wir stehen nicht an, zu erklären, daß diese Kampfanlage für uns manchen Vorteil enthält: wir werden, wenigstens in nächster Zeit und bis zur nächsten Parolenausgabe, die unehrlichen Einheitsfrontangebote los sein, die nur zum Zwecke der Verwirrung erlassen. Auch werden wir in dankenswerter Weise am Vorabend der großen Wahlkämpfe daran erinnern, daß es a. u. d. h. n. s. einen Gegner gibt, einen tatsächlichen Feind, dem wir den Teil unserer Aufmerksamkeit schenken müssen, der ihm gebührt.

Vor allem stellen wir fest: an demselben Sonntag, an dem von Moskau aus die Parole: Kampf gegen die Sozialdemokratie ausgegeben wurde, hat der Führer des deutschen Bürgerblocks, Graf Westarp, seine bereits mehrfach proklamierte Wahlparole feierlich erneuert. Es ist dieselbe Parole wie in Moskau: Kampf gegen die Sozialdemokratie!

Wenn in einem Kriege zwei Staaten gegen denselben Staat kämpfen, dann nennt man sie Bundesgenossen. Mögen es in diesem Falle Westarp und Thälmann noch so laut bestreiten, sie sind Bundesgenossen. Sie haben beide dieselbe Kampfparole ausgegeben. Die deutsche Reaktion erstrebt die Schwächung der Sozialdemokratie mit allen Mitteln, um die Herrschaft des Bürgerblocks zu verewigen. Westarp rechnet dabei bei w. u. h. t. auf die kommunistische Hilfe. Und kann man unter so klaren Umständen überhaupt noch behaupten, daß die Kommunisten dem Bürgerblock diese Hilfe nur unbewußt leisten? Nein, sie wissen genau, was sie tun, sie müssen es wissen, denn so vernunftlos kann man gar nicht sein, daß man auf kommunistischer Seite den Zweck und die Folge dieser Kampfparole gegen die Sozialdemokratie nicht kannte.

Wir nehmen diesen Kampf auf mit dem Ziel, daß bis zu den nächsten Wahlen alle denkfähigen Arbeiter, die bisher noch zu den Kommunisten hielten, erkennen mögen, daß jede Stimme für die Kommunisten eine Stimme für Westarp bedeutet.

## Die französische Linke für Verständigung

Ein Friedensaufruf im „Deuvre“. — Ein deutschnationales Wahlmanifest im „Echo de Paris“.

Paris, 7. November.

Das „Deuvre“ erläßt am Montag einen energischen Aufruf zugunsten der deutsch-französischen Verständigung. Dabei scheut es sich nicht, seinen Lesern sehr grobe Wahrheiten zu sagen. Selbst die schlimmste Niederlage, erklärt das Blatt, könne nicht ausreichen, um ein Volk von 60 Millionen disziplinierter Arbeiter endgültig am Boden zu halten. Es liege im Interesse der beiden Nachbarvölker, eine enge Zusammenarbeit zunächst auf wirtschaftlichem und industriellem und dann auch auf politischem Gebiet herzustellen. Frankreich müsse daran denken, daß es jetzt friedliche Mittel gebe, mit denen man ein Volk ebenso juristisch schlagen könne wie bisher mit kriegerischen Mitteln. Frankreich dürfe die

starken demokratischen Kräfte in Deutschland nicht unterschätzen.

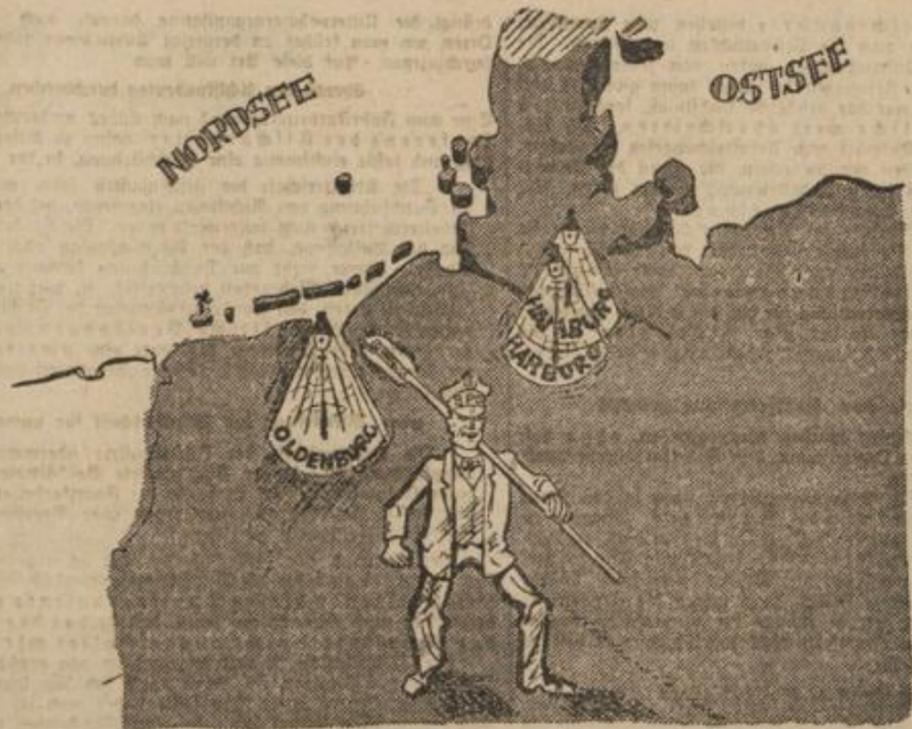
denn es könne heute nicht bestritten werden, daß Deutschland entschlossen den Weg des Friedens, der internationalen Verständigung und des Völkerbundes beschritten habe. Frankreich dürfe und könne es sich nicht weiter leisten, gegenüber Deutschland eine Politik der Erniedrigung zu treiben.

Wie wenig mit Zwang gegen Deutschland ausgerichtet werden könne, weist das Blatt besonders am Beispiel des Anschlusses an Oesterreich nach. Sicherlich könnten die Alliierten, so erklärt es, einen politischen Anschluß verbieten, aber sie könnten nicht verhindern, daß Oesterreich und Deutschland sich durch seine Kraft, durch die Eisenbahn, durch seine Zollpolitik, Sozialpolitik und intellektuelle Zusammenarbeit so eng zusammenschließen, daß sie praktisch genau so vereint seien wie zwei Schweizer Kantone.

Das „Echo de Paris“ gibt dafür ein vollkommen entgegengelegtes Bild von der Zukunft der deutsch-französischen Verständigung, das augenscheinlich nur zu dem Zweck innerpolitischer Wahlpropaganda hergestellt wurde. Das Blatt erklärt, daß das französische Vorkriegsregime mit der Verständigung seiner Absicht zur Rheinlandräumung sich gegenüber Deutschland in eine schlimme Lage gebracht habe. Das Vorkriegsregime kann sicher sein, daß es von Deutschland heringelegt werde. Man dürfe sich in Frankreich nicht vorstellen, daß die Reichstagswahlen in Deutschland nach links ausfallen würden. (?) Deutschland sei mit der Reichsregierung sehr zufrieden (?), denn sein wirtschaftlicher Wohlstand sei noch nie so groß gewesen (!) wie jetzt, und vor allem werde Deutschland das Glied unter den sozialdemokratischen Reichsregierungen nicht vergessen. Die französische Linke könne sich darauf gefaßt machen, daß Deutschland, so bald es die Rheinlandräumung erreicht habe, sie mit wohlverdienten Fußstapfen bedienen werde.

## Es werde Licht!

Nach den Wahlsiegen in Hamburg und im Unterelbegebiet errang die SPD. jetzt auch bei den Oldenburger Kommunalwahlen große Erfolge.



Der rote Laternenanzünder: „Ein paar nette Lichterchen hab ich dem Bürgertum schon in der Nordwestecke aufgesteckt. Bis zu den Reichstagswahlen wird es in ganz Deutschland hell sein!“

## Diktatorenmarsch auf Wien.

Beschlüsse der Steiermärker Heimwehren.

Graz, 7. November.

Das Ergebnis der gestern hier abgehaltenen Führertagung der Heimwehren und des Heimatschutzes der Steiermark, an der über 500 Vertreter aus der Steiermark und der Leiter der gesamten Heimwehrbewegung Oesterreichs, Dr. Steidte-Innsbruck, teilnahmen, war der Zusammenschluß der Heimwehren unter einheitlichem Kommando. Es wurde beschlossen, bei einer Wiederholung des Versuches, die Räuberherrschaft oder eine rote Diktatur aufzurichten (!), wie im Juli 1927, den Kampf mit den radikalsten Mitteln aufzunehmen und auch von einem Marsch nach Wien und der Besetzung der Stadt aus den Händen landstreichender Diktatoren nicht abzusehen.

## Mexikos Arbeiterstadt.

Keine Gegenkandidaten gegen die Arbeiterchaft!

Mexiko-City, 7. November. (Eigenbericht.)

In den bevorstehenden Wahlen für die Stadtverwaltung von Mexiko-City wird aller Wahrscheinlichkeit nach Mexikos Arbeiterpartei als einzige Bewerberin auf dem Wahlscheide erscheinen. Bisher sind für die Wahlen, die Anfang Dezember stattfinden, noch keine Gegenparteien aufgetreten. Das ist wohl zum größten Teil auf den Umstand zurückzuführen, daß die Arbeiterpartei schon seit Jahren die Stadtverwaltung kontrolliert und in den Wahlen der letzten Jahre alle Gegenkandidaten vernichtend schlagen konnte. Außerdem ist es dieser sozialistischen Stadtverwaltung gelungen, den von ihren Vorgängerinnen hinterlassenen städtischen Bankrott zu beheben und in kurzer Zeit die städtischen Finanzen gesund und unabhängig zu gestalten. Das wird selbst im bürgerlichen Lager anerkannt.

## Werbefundgebungen.

Heute, Dienstag, den 8. November:

- 1. Abt.: 19½ Uhr in den Muster-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Redner: Erich Ruttner, M. d. L.
- 37. und 38. Abt.: 19½ Uhr im Saal der Bagenhofer Brauerei, Landsberger Allee 25. Filmvorführung: „Der Kreuzzug des Weibes“. Ansprache: Karl Vitz. Einlaß nur gegen Eintrittskarte. Parteimitglieder nur auf Mitgliedsbuch und soweit Platz vorhanden.
- Zehlendorf: 20 Uhr im Lokal „Vindenpark“, Berliner Str., Ecke Gartenstr. Redner: Wilhelm Landa.

Morgen, Mittwoch, den 9. November:

- Mariensfelde: 20 Uhr im Lokal Kallmann, Berliner Str. 114. Redner: Dr. v. Ungern-Sternberg.

## Frauentwerbeveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 8. November:

- UG-Treptow: Film- und Vortragsveranstaltung nachmittags 4 Uhr bei George, Eisenstraße Ecke Treptower Chaussee. Versammlung aller Arbeiterinnen und Angestellten der UG-Treptow. 1. „Der Kreuzzug des Weibes.“ Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungspolitik. 2. Ansprache der Genossin Adele Schreiber.
- Zehlendorf: Film- und Vortragsabend abends 8 Uhr im Vindenpark, Garten-Ecke Berliner Straße. 1. Film „Die Weber“.

Morgen, Mittwoch, den 9. November, 19½ Uhr:

- Buch: Film- und Vortragsabend im Lokal Lanza, Lindenhoffstraße. 1. „Der Kreuzzug des Weibes.“ Ein packender Film zur Frage der Bevölkerungspolitik. 2. Ansprache der Genossin Minna Lodenhagen.

## Mussolini erhält die Langer-Rechnung.

Frankreich unterzeichnet den Vertrag mit Südslawien.

Paris, 7. November. (Eigenbericht.)

Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch wird in diesen Tagen in Paris erwartet. Der Quai d'Orsay bestätigt, daß diese Reise in erster Linie der Unterzeichnung des bereits vor Jahr und Tag zustandgekommenen Freundschaftsvertrages zwischen Paris und Belgrad dienen soll. Da die französische Regierung diese Unterzeichnung mit Rücksicht auf Italien von Monat zu Monat immer wieder verzögert hat, wird man wohl kaum fehlgehen, den auffälligen Wechsel in der Haltung mit der in der vergangenen Woche von Italien vor Langer veranstalteten Flotten-demonstration in Verbindung zu bringen.

Man wird der französischen Politik die Anerkennung nicht versagen können, daß sie in den letzten Jahren das Renommée gelockt hat, um die durch die mannigfachen italienischen Provokationen zwischen Rom und Paris geschaffene Spannung aus der Welt zu schaffen. Das war zweifellos auch der Grund, warum Briand den bereits zu Beginn des Jahres 1926 zustandgekommenen Vertrag mit Belgrad bisher nicht in Kraft gesetzt hat. Offenbar hat man in Paris befürchtet, daß Italien darin eine Unterstützung Südslawiens in dem zwischen Belgrad und Rom bestehenden Konflikt wegen des Vertrages von Tirana sehen würde. Wenn der Quai d'Orsay nach langem Zögern sich nunmehr entschlossen hat, aus seiner bisherigen Reserve herauszutreten, so kann das lediglich besagen, daß man in Paris nicht länger gewillt ist, den italienischen Herausforderungen ruhig zuzusehen. Die am Donnerstag erfolgende Unterzeichnung des Vertrages ist infolgedessen nichts anderes als die französische Antwort auf die längste italienische Demonstration. Sie ist dazu bestimmt, Herrn Mussolini klarzumachen, daß die beiden Länder, auf deren Kosten der italienische Imperialismus die Befriedigung seiner Expansion sucht, die Provokationen satt haben und entschlossen sind, gegen den gemeinsamen Gegner im Ernstfall zusammenzutreten.

In hiesiger zuständiger Stelle wird dazu ebenso wie in Belgrad auf das entschiedenste in Abrede gestellt, daß der Vertrag den Charakter eines militärischen Bündnisses habe. In diplomatischen Kreisen aber steht diese Versicherung auf eine sicherlich nicht unbegründete Steifheit.

## Chamberlain — ein zufriedener Storch.

Wahlkampfgriffe Lloyd Georges.

London, 7. November. (Eigenbericht.)

Lloyd George antwortete am Montag unsäglich eines von einem Londoner Klub veranstalteten Offens in einer selbst für ihn ungewöhnlich temperamentvollen Weise auf Chamberlains jüngste außenpolitische Äußerungen. Er wüßte nicht als ein Mann von Blut und Eisen in die Geschichte einzugehen. Die am Weltkrieg beteiligten Nationen besäßen gegenwärtig zusammen 10 Millionen Soldaten, die im Kriegsfall nicht nur gut, sondern besser ausgerüstet seien als im Jahre 1914. Die mechanische Kriegsausrüstung dieser Staaten sei besser, das heißt grauenhafter als damals und werde von Jahr zu Jahr fürchterlicher. Die Siegerstaaten hätten keinerlei Schritte unternommen, um ihr in Versailles gegebenes Versprechen einzulösen, dem Beispiel Deutschlands und Oesterreichs zu folgen, die zur Abrüstung gezwungen worden seien.

Kann Locarno nicht über Locarno hinaus zur Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung fortschreiten, so ist ein Krieg unvermeidlich. Chamberlain hat genug auf den Lorbeer von Locarno gerührt. Er gleicht einem Storch, der am Lago Maggiore auf einem Bein steht, übernatürlich geschickt dreinsieht und sehr befriedigt darüber zu sein scheint, daß er eine Forelle geschluckt habe. Er möge seine Schwingen heben und seinen Flug zum Frieden antreten.

Abrüstung! Abrüstung! Argentinien hat beschlossen, seine Flottenflotte auszubauen. Italien erhielt bereits einen Auftrag auf zwei Kreuzer zu je 600 Tonnen. Ferner werden drei leichte Kreuzer, sechs große Torpedoboote und drei U-Boote gebaut werden.

# Zwölfstundentag für Frauen.

## Wie die Arbeitszeit in der Fischindustrie geregelt wird.

an der deutschen Fischindustrie bestehen, was Arbeitszeit, Löhne, Zustände, die auch die Öffentlichkeit interessieren. Die Unternehmer dieses Industriezweiges waren von jeher gewöhnt, daß es eine regelmäßige Arbeitszeit bei ihnen kaum gibt. Ist viel zu tun, dann wird nicht nur das gesetzliche Höchstmaß, sondern auch das Menschenmögliche weit überschritten. Als Anfang dieses Jahres der Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz herauskam, waren die Fischindustriellen mit die ersten, die gegen die Anwendung dieses Gesetzes auf ihren Industriezweig Sturm liefen. Sie verlangten für sich eine Sonderregelung.

Bei Beratung der Vorlage im Reichswirtschaftsrat kamen sie nicht auf ihre Kosten. Sie bestürmten daher den Reichsarbeitsminister im Juli dieses Jahres nochmals wegen einer Sonderregelung auf dem Verordnungswege. Aus bestimmten Gründen wurde diese Sonderregelung für das ganze Reich abgelehnt. Dem Reichsarbeitsminister wurden aber Richtlinien an die einzelnen Bundesstaaten herausgegeben, wonach durch die zuständigen Behörden

für einzelne Orte eine Sonderregelung gestattet

werden kann. Die Richtlinien wurden herausgegeben, ohne daß vorher mit der zuständigen Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, Fühlung genommen wurde.

Die Hauptforderung nach Ausnahmeregelung liegen in den Orten Bremerhaven, Wesermünde, Cuxhaven. „Mangel an geeigneten weiblichen Arbeitskräften“ wird hier geltend gemacht. Dabei steht fest, daß in der Fischindustrie Arbeit von Frauen verrichtet wird, die in anderen Betrieben Männer verrichten. Würde man an diese Arbeit Männer stellen, dann wären die Frauen für andere Arbeit frei. Aber gerade infolge der unheimlich langen Arbeitszeit ist es mancher Hausfrau nicht möglich, hier Arbeit zu nehmen. Es kam niemand

wochenlang täglich 12 bis 14 Stunden

und noch länger in den Betrieben arbeiten und dann auch noch die Hausfrauenpflichten erfüllen.

Auf Grund der Richtlinien ist nun eine Reihe Ausnahmeregelungen an der Weser- und Elbmündung gestattet, und nun

## Großkampf in der Textilindustrie.

### Heute Gesamtsperre im Rheinland.

Die Streiksage in der rechtsrheinischen Textilindustrie hat sich verschärft. Am Montag sind sieben Betriebe der Teppich- und Möbellohndindustrie in Streik getreten. Die Gesamtsperre ist erfolgt heute, am 8. November.

Der Streik im linksrheinischen Textilgebiet nimmt ständig an Umfang zu. Die Zahl der Streikenden war bis Samstag nachmittag auf etwa 8000 gestiegen. In Elberfeld-Barmen sind sämtliche Färbereien und Gummibandwerke im Ausstand. In Elberfeld sind eine große Kattundruckerei, sechs Färbereien und eine große Breitweberei stillgelegt, in Barmen die Bemberg-L.-G., die Herstellungen der bekannten Seidenwaren. Stündlich 4000 neuen Arbeitsniederlegungen zu rechnen, weil die Unternehmer unter Ablehnung weiterer Verhandlungen für Dienstag abend die Stilllegung der gesamten Betriebe angekündigt haben. Die Schlichtungsbehörde hat die Parteien für heute zu einer Besprechung eingeladen.

## Der Kampf in der Zigarrenindustrie.

### Weitere Ausdehnung. — Die ersten Bewilligungen.

Die Aussperrung in der Zigarrenindustrie zeigt, wie wir vom Deutschen Tabakarbeiterverband erfahren, augenblicklich folgendes Bild: Im Tarifgebiet Sachsen sind rund 7000 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesperrt worden; nicht ausgesperrt wurden annähernd 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. In Schlesien ist rund 800 Arbeiterinnen und Arbeiter gekündigt worden, von denen annähernd 1000 schon vor dem 5. November die Arbeit niedergelegt haben. Nicht ausgesperrt sind in Schlesien annähernd 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen. In Bremen haben bereits 17 Firmen die geforderte Lohnerhöhung von 15 Proz. bewilligt. Außer den schon gemeldeten Orten ist die Arbeit unter anderem noch in Elbing, Heidelberg, München, Bismar, Wansfried, Dahme, Denabruück und Darmstadt eingestellt worden.

## „Kaufkämpfe um die Angestelltenversicherung.“

### Klagefeld geschlagener Soldaten.

Der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband veröffentlicht in den ihm naheliegenden Tageszeitungen verlogene und irreführende Berichte über seine Sprengungsabsichten in den Rundgebungen, die die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten veranstaltet hat. Statt auf diese entstellenden Presseäußerungen einzugehen, sei nachstehend wörtlich ein Rundschreiben des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes abgedruckt, das die schon einmal veröffentlichten Sprengungsabsichten des DNV, nochmals klar beweist.

Sehr wichtig!

Eilig!

Sehr geehrter Herr Kollege!

Betrifft: Wahlen zur Angestelltenversicherung. Gegnerische Versammlungen.

Wir haben festgestellt können, daß unsere Gegner öffentlichen Auseinandersetzungen mit uns bemüht aus dem Wege gehen. Dazu haben sie auch alle Veranlassung, da die von ihnen aufgestellten Behauptungen in allen Stücken widerlegbar sind, und es vor allen Dingen feststeht, daß die vom DNV-Bund 1923 herausgegebene Wahlparole: Verschmelzung der Angestelltenversicherung

drängt die Unternehmerorganisation darauf, auch an anderen Orten, wo man früher an derartige Ausnahmen nicht dachte, diese durchzusetzen. Auf diese Art will man

überall den Zwölfstundentag durchbrechen.

Eine vom Fabrikarbeiterverband nach Lübeck einberufene Reichskonferenz der Fischarbeiter nahm zu dieser Frage Stellung und faßte einstimmig eine Entschliessung, in der es heißt:

„Die Arbeiterschaft der Fischindustrie lehnt es ab, sich für die Durchführung von Richtlinien einzusetzen, bei deren Schaffung Arbeitervertreter nicht mitgewirkt haben. Die Konferenzteilnehmer sind der Auffassung, daß der Zwölfstundentag auch in der Fischindustrie immer mehr zur Durchführung kommen muß. Wo in Ausnahmefällen Mehrarbeit erforderlich ist, war und ist die Arbeiterschaft bereit, den Sonderverhältnissen der Fischindustrie durch dementsprechende tarifliche Vereinbarungen Rechnung zu tragen. Die Konferenz hält aber eine amtliche Regelung der Ausnahmeregelungen für die Arbeitszeit nach bestimmten Richtlinien

ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft für untragbar.

Die Arbeiterschaft der Fischindustrie übernimmt daher die Verpflichtung, alle in der Fischindustrie Beschäftigten der zuständigen Organisation, dem Verbands der Fabrikarbeiter, zuzuführen, um sich so das Mitbestimmungsrecht über Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen zu sichern.“

Der Verband der Fabrikarbeiter hat in einer Anzahl Orte Tarifverträge für die Fischindustrie abgeschlossen. Die Richtlinien greifen in dieses Tarifverhältnis ein. Die Arbeiterschaft muß Wert darauf legen, daß sie bei der Regelung der Arbeitszeit nicht ausgeschaltet wird.

Die Fischindustrie ist volkswirtschaftlich von großer Bedeutung. Treten hier Störungen ein, dann wirkt sich das unangenehm für die Volksernährung aus. Man sollte daher auch im Reichsarbeitsministerium Wert darauf legen, beratende Störungen zu verhindern. Werden aber derartige wichtige Dinge ohne Mitwirkung der Organisation geregelt, dann können gerade hierdurch Streikfeiern heraufbeschworen werden.

## Kaufmännische und Bureauangestellte!

### Wählt am 13. Nov. zur Angestelltenversicherungs-Wahl die Liste D

#### Liste des Zentralverbandes der Angestellten (ZVA)

mit der Invalidenversicherung, auch heute noch besteht, ohnehin zwar die wahren Absichten durch eine andere Wahlparole verbergen will.

Um sich mit uns nicht öffentlich auseinanderzusetzen zu müssen, veranstaltet der Zentralverband der Angestellten Kundgebungen unter Mitwirkung von Arbeitergefangenenvereinen. Dazu hat er auch die Hilfe des Reichsbanners in Anspruch genommen. Bei der gestern in Köpenick stattgefundenen Kundgebung waren wir durch unseren Sturmtrupp so zahlreich vertreten, daß wir uns in der überwiegenden Mehrheit befanden. Der DNV hatte lediglich 20 Arbeiterlänger und noch etwa 20 andere Leute, zum Teil Reichsbannermitglieder, auf die Beine bringen können. Wir haben den herrlichen Vorgang, daß wir eine öffentliche Auseinandersetzung wünschten. Man hat sich geweigert, unserem Disziplinarredner, Kollegen Warkow, das Wort zu geben, worauf wir geschlossen den Saal verlassen und damit die „Rundgebung“ zu einer Parole wurde.

Heute Abend findet im Bürgeraal des Neuen Rathauses in Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz, wieder eine ZVA-Rundgebung statt, in welcher wir auch zum Ausdruck bringen müssen, daß die Defensivität nicht getauscht werden darf und daß wir das feige Verhalten des Zentralverbandes der Angestellten brandmarken. Die Kollegen, welche gestern in Köpenick an der Kundgebung teilgenommen haben, werden heute in Schöneberg zur Stelle sein.

Wuch Sie, Herr Kollege, müssen spätestens um 1/2 8 Uhr dort sein, um unseren Redner den Nachdruck zu verleihen. Wir bitten Sie, allen Aufforderungen, die der Vertreter des DNV dort an die Versammlungsteilnehmer ergehen läßt, nachzukommen. Wir danken Ihnen für Ihre Mitarbeit und erbitte Ihnen in der Hoffnung, Sie heute abend begrüßen zu können.

deutschen Gruß!  
gez: Ihr Vertrauen.

Die Sprengungsabsichten der deutschnationalen Soldaten sind feige Schandgebühren. Die Blamage ist deshalb für den DNV eine doppelte. „Kaufkämpfe um die Angestelltenversicherung“ führen zu wollen, ist allein die Absicht des DNV. Er hat bei diesem von ihm gesuchten Kaufkampf keine Lorbeeren gestreut. Rum sagt er. Es wird ihn aber sicher niemand belügen.

Im übrigen ist es eine bewusste Lüge des DNV, wenn er in seinem Rundschreiben von 20 überlebenden Versammlungsbefürwortern in Köpenick spricht. Nach der Entfernung der DNV-Sprenger verblieben in Köpenick noch 150 und in Schöneberg annähernd 300 Besucher.

## Der Streik bei Albrecht u. Flotow beendet.

### Ein Erfolg der Gewerkschaft.

Der Streik bei Albrecht u. Flotow ist erfolgreich beendet. Es wurde folgendes vereinbart: Bisheriger Höchstlohn laut Tarif 45 Pf. pro Stunde; vereinbarter Zuschlag 20 Proz. gleich 9 Pf., zusammen 54 Pf. Dazu 20 Proz. Akkordzuschlag gleich 11 Pf., ergibt einen Akkordlohn von 65 Pf. Dieser Lohn gilt als Mindestlohn. Neueingestellten, geübten Zwirnerinnen und Spulerinnen wird zum Einarbeiten vier Wochen Zeit gegeben, während welcher Probezeit ihnen ein Stundenlohn von 54 Pf. als Mindestlohn garantiert wird. Lehrlinge erhalten während der ersten zwei Wochen 24 Pf. Wochenlohn, doch werden ihnen, wenn sie sich früher einarbeiten und höhere Akkordlöhne erreichen, diese erreichten höheren Akkordlöhne ausbezahlt. Maßregelungen werden nicht vor-

genommen, das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik nicht als unterbrochen.

Dieser Erfolg danken die Arbeiterinnen ihrer Organisation und ihrer Geschlossenheit, an der sie festhalten müssen. Die Arbeit wurde geschlossen am Montag wieder aufgenommen. Wenn künftig das ausschließliche Personal die Arbeiterinnen anständiger als bisher behandelt, wird die Firma den alten guten Ruf wieder erringen.

## Der Beamtenkonflikt in Oesterreich.

### Was Geipel geben und nehmen möchte.

Wien, 7. November.

Den Verhandlungen mit den Beamtenvertretern, die morgen vormittag im Bundeskanzleramt fortgesetzt werden, sieht man mit Beforgnis entgegen. Bundeskanzler Dr. Geipel hat vorgestern die Frage des Streikrechtes der öffentlichen Angestellten aufgerollt und angedeutet, daß die Regierung nur dann für eine Aufhebung der Beamtengehälter zu haben wäre, wenn die Beamtenschaft freiwillig auf das Streikrecht verzichte. In den Kreisen der freigewerkschaftlich organisierten Bundesangestellten wird der Gedanke eines Streikverbotes auf das entschiedenste zurückgewiesen und eine Beschränkung des Koalitionsrechtes der Bundesangestellten unter den gegenwärtigen Verhältnissen als gänzlich indiskutabel bezeichnet. Dem Standpunkt der Regierung, die die Frage der Gehaltsregulierung mit dem Streikverbot für öffentliche Anstellungen verknüpfen möchte, steht die Auffassung der Beamtenorganisationen entgegen, die zunächst ausschließlich die Befordrungsfrage behandeln wollen. Bezüglich der Gehaltsfrage ist heute eine Einigung zustande gekommen insofern, als die sozialistische Gewerkschaft ihre Forderung von 17 Proz. auf 12½ Proz. ermäßigt hat, d. h. auf die Basis der christlichen und der deutschnationalen Beamtenvereinigungen. Außerdem wird die Verlegung einiger Beamtengruppen in höhere Befordrungsgruppen verlangt.

## Die Saararbeiter minderen Rechts.

### Für die Einführung des deutschen Arbeitsrechts.

Saarbrücken, 7. November. (Rth.)

In einer vom Einheitsverband deutscher Eisenbahner veranstalteten Arbeitsausschussmännertagung der Saarbahnen wurde in einer Entschliessung einstimmig von der Saarregierung die baldige Einführung des im Deutschen Reich bestehenden Arbeitsrechts gefordert. Für die Saararbeiter, die gegen ihren Willen im Mutterlande getrennt leben müssen, bedeute die Vorkämpfung des in Deutschland bestehenden Arbeitsrechts eine große Enttäuschung.

Bekanntlich bestehen im Saargebiet die Arbeitsausschüsse immer noch auf Grund der Bestimmungen des längst veralteten deutschen Hilfsdienstgesetzes von 1916. Es wurde als unverständlich bezeichnet, daß die Saarregierung des Völkerbundes nicht längst von selbst dazu übergegangen sei, an Stelle dieser veralteten Bestimmungen ein wirklich modernes Arbeitsrecht, wie es heute in Deutschland besteht, im Saargebiet einzuführen. In einer weiteren Entschliessung wurde aufdringlich die Vorkämpfung der Regierungskommission verurteilt und eine ausreichende Entlohnung gefordert.

## Verhütung von Arbeitsunfällen.

### Die Opfer der Arbeit.

Genf, 7. November.

Der vom Internationalen Arbeitsamt zur Bearbeitung der Frage der industriellen Sicherheitsmaßnahmen eingesetzte Unterausschuss hat seine Sitzungen beendet. Im Verlauf seiner Arbeiten stellte der Ausschuss fest, daß in einem einzigen Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika 25000 Arbeiter bei Arbeitsunfällen ums Leben gekommen sind, und daß die gesamten Arbeitsunfälle in den Vereinigten Staaten vier Milliarden Dollar im Jahre, in Frankreich vier Milliarden Franken an Kosten verursachen. Die Sachverständigen sind deshalb einstimmig der Ansicht, daß eine Reihe von Schutzhmaßnahmen zur Verhütung von Arbeitsunfällen in den verschiedenen Ländern auf gleichem Wege obligatorisch eingeführt werden sollten. Im Bericht des Internationalen Arbeitsamts wird u. a. die Verhütung der Unfälle beim Ruppeln der Wagen im Eisenbahnverkehr und der Schutz der Arbeiter beim Laden und Entladen der Schiffe unterfucht.

## Gänzliche Sonntagsruhe in Columbien.

In Columbien (Südamerika) ist ein Gesetz in Kraft getreten, durch das die Sonntagsruhe für Lohnarbeiter und Angestellte in allen Arten von Industrie- und Handelsbetrieben und auch für Hausangestellte eingeführt wird.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin, Franziskus-Klee: Gruppenheim Schöner, Jugendheim Sauer Str. 16, Nummer 1. Freitag: Die Ursachen der deutschen Revolution 1918. — Radeberger Platz: Gruppenheim Pfeiffermühlstraße 1. Vortrag: Theorie und Praxis in der Wirtschaft und ihre Probleme. — Radeberger Platz: Gruppenheim Jugendheim Toller Str. 2. Revolutionsfeier. — Tempelhofer Platz: Gruppenheim Schöneberg, 34-36 (Hortzimmer). Vortrag: Der 8. November. — Humboldt: Jugendheim Grün, 46 Radeberger Platz. Vortrag: Die allgemeinen Gewerkschaften. — Schöneberg: Jugendheim Radeberger Platz, Berlin Str. 21. Unterhaltungsabend. — Wedding: Gruppenheim Stadtbahnhof Wedding, Berlin Str. 65-67. Die Wälder in Deutschland. Was lehrt uns die vorangegangene Wälderarbeit? — Radeberger Platz: Um 10 Uhr im Jugendheim Sauer Str. 16 (Arbeitsnachweis).

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Gepp; Wirtschaft: G. Allgauer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. J. Widder; Politik und Sonstiges: Fritz Korb; Ausland: E. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Formworts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Formworts-Verlag, Berlin und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen aus „Unterhaltung und Wissen“

Schönes Haar in 3 Minuten  
verschaffen Sie sich mit  
**Schwarzkopf**  
**Trocken-Schaumpon**  
der Haarwäsche ohne Wasser!

# Nurnoch Chlorodont

„... Jedenfalls habe ich seit fünfzehn Jahren jedes Probieren aufgegeben und bleibe Ihrem Chlorodont treu; ebenso gebraucht es meine Familie und verordne ich es, so oft ich dazu Gelegenheit habe in meiner Praxis.“ H. .... Dr. I. L.-E. Aertzin. (Originaltext bei unserem Motor hinterlegt.)

„Den politischen Glauben verloren...?“

Das Rätsel um den Selbstmord der Drei in Köpenick.

Die Grünauer Straße in Köpenick, in der diese Tragödie sich ereignet hat, ist eine jener eintönigen Kleinstadtstraßen, wie man sie in den älteren Vororten Berlins noch vielfach findet.

kannten die Sozialdemokratie nicht. Sie haben die Sozialdemokratie erst viel später in der verzerrten Darstellung ihrer eigenen Partei gesehen.

Diese grausame und sinnlose Selbstvernichtung junger Proletarierleben zählt zu den Ausnahmefällen. Es waren drei wertvolle Menschen, die das Dasein satt hatten, weil ihre Blütenräume keine Reife verpragten.

Die kriminalpolizeiliche Untersuchung

hat bisher auch nur eine teilweise Klärung der Köpenicker Tragödie gebracht. Kriminalkommissar Draeger begab sich im Laufe des gestrigen Nachmittags nach Köpenick und nahm nochmals eine Untersuchung des Zimmers, in dem die furchtbare Tat ausgeführt wurde, vor.

Haack dürfte, falls nicht ganz unvorhergesehene Komplikationen eintreten sollten, nach Ansicht der behandelnden Ärzte mit dem Leben davonkommen.

Sein Vater hatte ihm schon im Alter von zehn Jahren das Setztrinken beigebracht; in der letzten Zeit vor seinem Tode geisteskrank, starb dieser Vater am Gehirnschlag; am Gehirnschlag starb auch die Mutter, deren Vater Selbstmord beging.

Am 24. November feierte ein Mitglied des Lotteriekubs „Norden“ Geburtstag und spendierte für die etwa 30 bis 40 Mitglieder zwei Tonnen Bier.

Der Todesschuß auf den Kuffcher.

Der Prozeß gegen den Herzog von Ratibor.

Ratibor, 7. November.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Ratibor begann die Verhandlung gegen den Herzog von Ratibor, der am 5. Februar auf der Jagd seinen Kuffcher hystrel so schwer angeschossen hatte, daß er an Blutverlust starb.

Am gestrigen Montagnachmittag fand bei klarem schönem, teilweise sogar sonnigem Wetter eine sehr interessante Verhandlung in dem herbstlichen Walde, dem riesigen „Raudener Tiergarten“, statt.

Wo ist der Schlüssel zu diesem Drama?

Die Angehörigen wissen nichts. Nahrungskummer hatten die drei nicht, Liebesangelegenheiten hält man für ausgeschlossen.

Gattenmordprozeß Borchardt.

Der Sohn des Bankdirektors und die Prostituierte.

Die Tragödie des Falles Borchardt scheint doch tiefer zu liegen, als man anfangs annehmen mußte. Zwei verlorene Existenzen: der Sohn eines Berliner Bankdirektors und die Tochter eines hannoverschen Kleinbürgers finden sich im Dunkel des Berliner Nachtlebens.

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Vorlesende.

1. Der kleine Knoten.

Vor dem Arbeitszimmer des Vorsitzenden des Exekutivkomitees sah eine bärtige Ordonanz in einer Fellebluse und grauer Mütze, wie man sie während des imperialistischen Krieges getragen hatte.

Männer in Soldatenröcken, mit Aktenstücken und ohne Aktenstücken, mit Papieren und ohne Papieren, geduldig und böse, alle wußten sie: man kann in das Arbeitszimmer nicht über diesen wilden Mann mit dem Wolfsblick unter der Wolfswolle seiner Augenbrauen hinwegkommen.

Glib trat an die Tür, er und die Ordonanz sahen einander schweigend an, der eine unter dem Helm, der andere unter der Wolfswolle seiner Augenbrauen hervor.

Die Menschen, die in langer Reihe anstanden, empörten sich gegen Glib; ist er denn besser als die anderen, kriecht

als erster zur Tür? Wenn sie so geduldig warten, bis sie an die Reihe kommen, warum teilt dann auch er nicht ihr Los?

Dort im Arbeitszimmer ist es ruhig. Die Tür ist fest und sicher geschlossen, und an der Tür ist ein Papierzettel mit Brot festgeklebt. „Ohne Anmeldung Eintritt verboten.“

Glib ging ins Sekretariat. Dunstiges Getöse stand dort, und wieder dieselbe lange Reihe wartender Menschen. Die Stenotypistin knarrt Heuschreckenunsinn auf der Maschine und knallt mit den Registrierkästen.

Das Licht der Sekretär Peplo mit seinen grauen Locken und dem Gesicht eines Jünglings nicht deswegen so lustig? Er sieht die grauen Gesichter an und lächelt breit.

Peplo kennt alle, er hört dem menschlichen Getöse ruhig zu. Alles weiß Sekretär Peplo, er raucht und beeilt sich nicht: alle Geschäfte haben ein Gesicht und alle haben sie keine Flügel.

Und nur manchmal überläßt eine heisere, vermittelte Stimme bald in einer, bald in einer anderen Ecke diesen Lärm der wie von Reifeseiber befeffenen Masse.

„Herausheben sollte man euch alle, Ihr Fliegenknäpper... Ohne Joch hat man hier die Arbeiter eingespannt, zum Teufel noch einmal... Man möchte Hörner auf seinem Schädel haben, um diese bürokratische Schweinerei zu durchstoßen... ich werde euch schon alle klein kriegen... Ihr werdet die Arbeiterklasse nicht mehr lange quälen...“

Und diese Schreie verstummten, ohne Antwort zu erhalten, und Sekretär Peplo lächelte breit. Man war, wie es schien, an solche Standale gewöhnt: die Maschine ging wie auf Federn, und die Revoluten und die Wut der Bürger waren

das verflächtigste Del, mit der die Maschine immer wieder gedöht wurde.

Schul, dampfend vor Schweiß, mit tränenden Augen, tief wie befeffen von einer Kanzei in die andere und krümmte sich in wilder Wut.

Glib packte ihn an der Hand und zog seine Mütze auf den Hinterkopf.

„Schau lustiger drein, Schul! Heute nicht wie ein Hund und schließe nicht mit den Armen.“

Schuls Augen lekten trunken Glibs Gestalt, sein Gesicht zuckte vor Freude, er hob die Hand und wurde plötzlich still.

„Ach Glib, liebster Genosse!... Wie mir das weh tut, zuschauen zu müssen, wie die Arbeiterklasse herumgeworfen wird... Ich werde ihnen keine Ruhe geben, solange ich auf dieser Welt so lebe... Ich habe hier eigentlich nichts zu tun, meine Arbeit ist — zu wählen... Ich war im Volkswirtschaftsrat — Schlamperei — ich war im Volksernährungsrat — Schlamperei. Ueberall nur Schlamperei. Und hier ist auch — verflucht noch mal — Schlamperei... und so gehe ich herum und wähle, wie ein Maulwurf, und decke auf...“

„Bist ein Tölpel, Genosse Schul!... Arbeiten muß man — die Zunge ist eine schlechte Waffe...“

„Ich? ... Ich soll... Hol dich der Teufel... Ich werde schon alle auf den richtigen Weg bringen... alle werde ich an die Wand drücken.“

„Man muß dir eine Arbeit geben, Schul, denn sonst bleibt es nur beim Blindschließen... Ich werde dir schon ein Joch ausfinden, das für dich paßt, nimm's zur Kenntnis...“

„Nein, Bruder Glib, lieber Genosse, sie werden mich schon kennenlernen hier... Ich werde ihnen schon das Jahr 18 in Erinnerung bringen...“

Er hob die Faust drohend zur Decke und ging mit weichen Schritten hinaus.

Glib arbeitete sich, ohne die Reihenfolge zu beachten, zum Sekretär Peplo durch, und hinter ihm schimpften alle und wurden wild und ungeduldig.

„Genosse Sekretär, bitte melden Sie mich dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees...“

Sekretär Peplo sah ihn mit seinem breiten Lächeln an. „Stellen Sie sich zuerst hier an und dann dort...“

„Genosse Sekretär, hol der Teufel Ihre ganze Anstellerserei! Ich habe eine eilige und sehr wichtige Angelegenheit...“

Erstaunt schüttelte Peplo seine Locken.

(Fortsetzung folgt.)







# Krankheitsherde der Wirtschaft.

## Schwerindustrie überkapitalisiert. — Großgrundbesitz überschuldet.

Wirtschaftslogik und Konjunktur in Deutschland sind gut. Die Industrie hat durch die Bank sehr gut verdient. Aber nach wie vor die industrielle Agitation zum Abbau der öffentlichen Ausgaben so vehement und explosiv wie jezt. Der Treiber in der Agitation ist die Schwerindustrie. Die Lage der Landwirtschaft ist unvergleichlich viel günstiger als in früheren Jahren. Zieht man örtliche Wetterchancen und die allgemeine Verspätung der Ernte ab, so bleibt, wie in der Industrie, ein vor wenigen Jahren nicht erträumtes günstiges Bild. Aber noch nie waren die agrarischen Forderungen nach staatlichen Subventionen so ungeheuerlich wie gerade jezt. Und der Schrittmacher dieser Forderungen in der Öffentlichkeit und in den Vorjimmern des Reichstagsabenteils ist das Großgrundbesitz.

Zwei Ereignisse der letzten Tage haben die Burzen dieser hemmunglosen Steueragitation, dieser wahnhaften Subventionsforderungen enthüllt. Derselbe Ruhrmontantrust, der die Industrie im Kampf gegen Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern führt, führt in eigener Sache: er ist überkapitalisiert. Dieselben Großgrundbesitzer, die im Reichslandbund Millionenkredite des Reiches und Zinssubventionen fordern, fordern ausschließlich im eigenen Interesse: sie sind überschuldet.

### Alarm um den Ruhrmontantrust.

Die Börse war in den letzten Wochen schlecht. Eine ganz besonders schlechte Börse hatten aber die Aktien der Vereinigten Stahlwerke A.-G., des großen Montantrusts an der Ruhr. Die Bestag-Aktien sind unter 100 Proz. gesunken, die Phönix-Aktien noch tiefer. Die Sorgen der Börse um die Ruhrstahlaktien wurden verstärkt durch Alarmartikel der bürgerlichen Finanzpresse, die endlich den Ruf gefunden und die Notwendigkeit erkannt hat, auf die vom „Vorwärts“ seit vielen Monaten mit Nachdruck unterstrichene Überkapitalisierung des Ruhrmontantrusts hinzuweisen.

Die Zeitung der Vereinigten Stahlwerke nimmt diesen Alarm mit Recht nicht leicht. Sie hat über 500 Millionen ausländische Anleihen aufgenommen und muß alles verhindern, um ihren Kredit im Ausland nicht zu gefährden.

In einer beim Ruhrtrust gänzlich ungewohnten Weise hat sich seine Zeitung bemüht, der Öffentlichkeit Mitteilung über die Ergebnisse des am 30. September abgeschlossenen Geschäftsjahres zu machen. Der Alarm über die eventuelle Notwendigkeit einer finanziellen Sanierung hat ihnen die Zunge gelöst. Es wird mitgeteilt, daß die Kohlenförderung im Monatsdurchschnitt gegenüber dem ersten Geschäftsjahre von 1,97 auf 2,17, die Koksproduktion von 0,51 auf 0,68, die Rohstahlerzeugung von 0,38 auf 0,53 und die Rohstahlerzeugung von 0,42 auf 0,57 Millionen Tonnen gestiegen sei. Die Zahl der Arbeiter sei am 30. September 1927 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres insgesamt von 170 438 auf 153 074, die der Angestellten insgesamt von 14 643 auf 15 336 erhöht. Der Gesamtumsatz (ohne den Austauschumschlag innerhalb der Werke) betrage im vergangenen Jahre 1,42 Milliarden, davon 0,98 Milliarden im Inland und 0,44 Milliarden im Ausland. Die Aufträge der Hüttenwerke und Verfeinerungsbetriebe am 30. September d. Js belaufen sich auf 133 Proz. des Auftragsbestandes vom Vorjahre. Dieser Auftragsbestand sichere für die nächsten Monate die gleiche Beschäftigung wie bisher. Die seit der Gründung der Vereinigten Stahlwerke begonnene Rationalisierung habe die erwartete Senkung der Selbstkosten herbeigeführt. Die gesteigerten sozialen Lasten, erhöhte Löhne und verkürzte Arbeitszeit hätten aber zusammen mit den verringerten Erlösen im Exportgeschäft die Selbstkostenentlastung beeinträchtigt. Von der wahrscheinlichen Dividende wird nichts gesagt; es sei aber ein angemessener Betriebsgewinn erzielt worden. Ganz allgemein wird hinzugefügt, daß, wenn nicht in kürzester Frist eine völlige Umstellung der deutschen Wirtschaft- und Finanzpolitik erfolge, so daß die Lasten der deutschen Industrie wesentlich vermindert werden, daß dann in der Zukunft mit einer völligen Stagnation von großen Teilen der deutschen Wirtschaft zu rechnen sei, insbesondere auf dem Gebiet von Kohle und Eisen!

Dieser Bericht mit seinen Forderungen ist größter Widerspruch voll! Der Ruhrtrust müßte Bombengewinne und eine Bilanz-

dividende in dem am 30. September 1927 abgeschlossenen Geschäftsjahre haben. Den Beweis dafür liefern die unabhängigen Werke der Schwerindustrie, die dieselben Lasten zu tragen hatten, soziale und steuerliche, und in bisher veröffentlichten Abschlüssen sehr große Gewinne ausgewiesen haben. Nicht die ganze Industrie, auch nicht die ganze Schwerindustrie, sondern nur die Vereinigten Stahlwerke sind in Verlegenheit, nicht erst jezt heute und gestern, sondern seit ihrer Gründung, weil das Kapital, das Dividende verlangt, zu hoch ist, weil die Zinsen, die für ausgenommene Schulden zu zahlen sind, zu viel Gewinne fressen. Von Anbeginn an hat aber der Ruhrmontantrust durch seine riesige Macht die deutsche Wirtschaftspolitik entscheidend mitbestimmt.

### Überschuldeter Großgrundbesitz.

Das Organ des Landbundes bringt in großer Aufmachung eine Artikelserie des bekannten deutschnationalen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Schlange-Schäningsen, in der dieser neue geistige Führer des Landbundes sich mit großem Aufwand an „Material“ und nicht minder großem Aufwand an Pathos („wie war die Lage der Landwirtschaft bedrohlicher als heute“) mit dem landwirtschaftlichen Kreditwesen auseinandersetzt. Seine „positiven“ Vorschläge, die er zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten und weiterhin für eine gründliche Reform der verfahrenen Kreditverhältnisse zu machen hat, lauten darauf hinaus, daß etwa 2½ Milliarden Mark (von insgesamt 4½ Milliarden kurzfristigen landwirtschaftlichen Schulden), die er als hoffnungslos feststehend bezeichnet, jezt „umgeschuldet“ werden sollen. Das Reich soll dazu verhelfen, daß alle jene landwirtschaftlichen Betriebe, die aus der kurzfristigen Verschuldung mit eigener Kraft nicht mehr herauskommen, jezt aus Steuermitteln des gesamten Volkes verbilligte hypothekarische Kredite erhalten, um damit die kurzfristigen Verbindlichkeiten auslösen zu können. Mindestens 200 Millionen Mark jährlich wären für diese Kreditsubventionen von den Steuerzahlern zu tragen. Der Reichslandbund hat seine Forderungen dem Reichstanzler überreicht, und das Reichskabinett berät über diese Forderungen.

### Die Bauern aber wehren sich

gegen diese Vorschläge des Reichslandbundes. Die „Deutsche Bauernzeitung“, das Zentralorgan der „Deutschen Bauernschaft“, der größten deutschen Bauernorganisation, warnt vor diesen Vorschlägen. Nicht „die Landwirtschaft“, sondern nur der Großgrundbesitz braucht diese Subventionen. Für die Bauern sind sie eine Belastung. Die großagraren Organisationen hätten in ihren Reihen nichts getan, einem leichtfertigen Optimismus und der falschen Kreditmoral entgegenzutreten. Die „Deutsche Bauernzeitung“ schreibt weiter:

„Besonders verantwortunglos trat dieses Treiben in Erscheinung, als nach Beendigung der Inflation die Flüssigkeit der Umlaufmittel mit einem Schlage zu Ende war. Damals wurde durch eine großangelegte Kreditaktion nahezu 1 Milliarde Mark in die Landwirtschaft hineingepumpt. Diese für die damaligen Verhältnisse außerordentlich große Summe ist fast ausschließlich dem Großgrundbesitz zugeflossen. Wahl- und bedenkenlos wurden Wechselkredite aufgenommen, die auch nicht im entferntesten mit den Wirtschaftserfordernissen des einzelnen Betriebes in Einklang zu bringen waren. Wesentliche Teile dieser Kredite wurden überhaupt nicht zu Betriebszwecken verwendet, sondern der persönlichen Lebenshaltung zugeführt. An dieser Kreditaufnahme krankt der Großgrundbesitz heute noch. Nachdem man nun einseht, daß man mit dieser plötzlichen und unregelmäßigen Kreditgewährung den Großgrundbesitz bis an den Rand des Verderbens gebracht hat, fordert man ganz offen von Reich und Ländern eine Hilfsaktion größten Stiles.“ Vom bäuerlichen Standpunkt müsse man diesen großagraren Forderungen mit größtem Mißtrauen begegnen. „Die Ausführung der großagraren Vorschläge würde dazu führen, daß den leistungsfähigen Betrieben die Kredite entzogen und die überschuldeten, unwirtschaftlichen Betriebe begünstigt würden. Uns scheint, daß der Reinigungsprozeß, der in Handel, Industrie und Gewerbe jezt bald nach der Deflation eingeleitet hat, auch in der Großlandwirtschaft unabwendbar ist.“

Wer leichtfertig seinen Besitz überschuldet habe, müsse fallen. Die Förderung der Leistungsfähigen, nicht die Stützung ins Wanken geratener Großgüter sei das agrarische Kreditproblem von heute.

### Geschwüre am Wirtschaftskörper.

Der überkapitalisierte Ruhrtrust, das wissen alle Eingeweihten, der leichtfertig überschuldete Großgrundbesitz, sind die gefährlichsten, jezt Jahren am deutschen Wirtschaftskörper fressenden, die deutsche Wirtschaftspolitik vergiftenden Geschwüre. Statt die Geschwüre rücksichtslos auszuschneiden, pflegt die Wirtschaftspolitik des Reichslands den Krankheitsherd. Noch nie hat es eine Regierungsstelle gewagt, den Herren des Ruhrtrusts zu sagen, daß die von ihnen verfolgte Politik sich nur aus ihrer falschen Kapitalpolitik erkläre. Noch nie hat eine Regierungsstelle sich den Subventionswünschen des Reichslandbundes verweigert mit der selbstverständlichen Begründung, daß die Verschuldung der Großgrundbesitzer nur diese selbst, nicht aber den Steuerzahler angeht. Damit muß es ein Ende haben. Es ist gut, daß die Vorgänge im Ruhrtrust, daß die Abwehr der Bauern gegen den Reichslandbund hier endlich weithin Klarheit geschaffen haben.

### Neue Kursstürze an der Börse.

Die gestrige Berliner Börse war wieder so schlecht, daß einige Blätter von einem schwarzen Montag sprachen. Bemerkenswerterweise war es nicht die verarbeitende und Fertigungsindustrie, deren Aktien zurückgingen, sondern es waren die sogenannten schweren Werte, wobei die Montanaktien führten. Vereinigte Stahlwerke sanken von 101 auf 98, Phönix-Bergbau von 95 auf 89, Mannesmann-Röhren von 141 auf 128, Rüdner-Werke von 131 auf 121, I. G. Farben von 260 auf 244, Schultzeiß-Boyerhoyer von 384 auf 358, Vereinigte Glasstoff von 361 auf 315, und jezt die Berliner Handelsgesellschaft ging von 224 auf 206 Proz. zurück. Sicher hat die teilweise ungünstige Aufnahme der Diskussion zwischen Parter Gilbert und dem Reichsfinanzminister im Ausland deshalb ungünstig gewirkt, weil das Vertrauen des Auslandes durch die Diskussion nicht gestärkt werden konnte. Auf der anderen Seite hat zweifellos die leichtfertige Behauptung im Kommunique der Vereinigten Stahlwerke, daß große Teile der deutschen Industrie, insbesondere Kohle und Eisen, vor einer Stagnation stünden, wenn die Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands nicht grundlegend verändert würde, die Baisse gefördert. Wenn das Ausland mißtrauisch würde, wozu kein Grund besteht, so wäre das selbstverständlich viel gefährlicher für die Konjunktur, als die Baisse selbst, die nur als günstiges Zeichen zu werten ist. Jedenfalls sind die leichtfertigen Behauptungen des Ruhrmontantrusts, soweit sie in Deutschland das Vertrauen zur Konjunktur erschüttern, nicht stark genug zu brandmarken. Man muß sich übrigens fragen, wo jene Deutschen Großbanken stehen, die im vorigen Jahre es sich als hohes Verdienst angerechnet haben, die Vorlesung hochzutreiben. Herr Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank könnte jezt, wenn er gründlich taufen würde, recht vielen einen Gefallen tun.

### Weltwirtschaftliche Entwicklungstendenzen.

#### Der Bankrott des Schutzollsystems.

Professor Bonn sprach in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft über „Weltwirtschaftliche Entwicklungstendenzen“. Mit dem Hochkommen des Nationalismus in der Nachkriegszeit habe eine sogenannte „Gegentolonisationsbewegung“ eingesetzt, wobei insbesondere die wirtschaftliche Gegenkolonisation eine große Rolle spielt. Antikapitalistische Bewegungen machen sich geltend, die sich gegen das fremde Kapital richten, vor allem aber tritt die Verschiebung zwischen Mutterland und Kolonien ein: Amerika, das ehemalige Einwanderer- und Schuldenland, schließt der Einwanderung die Tür und wird zum Gläubigerland.

Das Ergebnis dieser Bewegung ist wirtschaftliche Zerrissenheit und Erschütterung des kapitalistischen Systems. Die neu entstandenen Splitterstaaten treiben nationalistische Hochschutzzollpolitik; das alte Europa wird Amerika tributpflichtig. Im Zusammenhang mit diesen Umwälzungen haben sich soziale Verschiebungen ergeben, durch die die Bedeutung des Proletariats sich wesentlich gesteigert hat.

Woher die politische Souveränität gleitet mehr und mehr in die Hände der kartellierten Wirtschaft. Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat unbestritten den Sieg der Freihandelsidee gebracht. Man träumt sich wohl noch, die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen. Doch der Bankrott der Schutzoll-

# Bitte: vergleichen Sie!

Vielleicht rauchen Sie jezt Jahr und Tag eine andere 4-Pfg.-Zigarette. Weil Sie von lieben Gewohnheiten nicht gern abweichen, haben Sie bisher Massary-Privat, die neue 4-Pfg.-Zigarette ohne Mundstück, noch nicht probiert. Und doch gibt es auch im Reiche der Zigarette (wie in der Literatur und auf andern Gebieten) Neuerscheinungen, an denen man nicht achtlos vorübergehen darf. Gerade Massary-Privat löst in Kennerkreisen soviel aufrichtige Bewunderung aus, daß wir Ihnen einen Versuch ans Herz legen möchten. Sie werden auch sagen:



## Das ist Tabak! (Urteilen Sie selbst!)



politik ist offenbar geworden. Die neuen Länder sind bereit, Preiserhöhungen durch Schutzölle zu tragen, denn sie replizieren gegen die alten Länder. Die alten Länder Europas aber werden in ihrer Konkurrenzfähigkeit erheblich geschädigt. Für sie gibt es keine andere Lösung als Senkung des Preisniveaus. Denn ein niedriges Preisniveau vermindert die Einfuhr und erhöht automatisch die Ausfuhr. Es ist ein besserer Schutz als der höchste Zoll; denn es überbringt die Zollmauern. Der Zoll erhöht nur die Weltmarktpreise, vermag aber nicht der geschädigten Industrie rentable Preise zu garantieren.

Was Europa braucht, ist ein niedriges Preisniveau, das nicht durch niedrige Löhne erzeugt wird, sondern ein Preisniveau, das bei hohen Löhnen niedrig bleibt. Wenn das nicht durch konstruktive Wirtschaftspolitik zu erreichen ist, so wird es Europa auf dem Wege der Kredit- und Diskontopolitik aufgezwungen werden müssen.

Pöffe, nicht Lewald führt die deutsch-polnischen Verhandlungen. Wie gemeldet wird, beabsichtigt die Reichsregierung mit der Leitung der in diesen Tagen beginnenden deutsch-polnischen Handelsvertrags- und Wirtschaftsverhandlungen Herrn Ministerialdirektor Dr. Pöffe zu beauftragen, der in den letzten Jahren die schwierigen und langwierigen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen geleitet hat. Mit diesem Wechsel in der Verhandlungsführung könnte man auch etwas größere Hoffnungen in die Ergebnisse setzen.

Großer Maschinenbedarf der Eisen- und Stahlindustrie. Der steigende Maschinenbedarf der Eisen- und Stahlindustrie kommt bereits bei den Juniabschlüssen von Maschinenfabriken voll zur Geltung. So kann die Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei A. G. in Durlach, die mit etwa 2000 Mann Belegschaft Spezialmaschinen für Stahlwerke, Eisen- und Temperierwerke herstellt, ihre Dividende auf das Aktienkapital von 3,2 Millionen von 8 auf 10 Proz. erhöhen. Bemerkenswert ist die Senkung der Betriebskosten um 20 Proz., so daß bei

gleichgebliebenen Betriebsgewinnen und trotz etwas erhöhter Abschreibungen der Reingewinn von 0,33 auf 0,55 Millionen Mark stieg. In der Erhöhung der Betriebskosten tritt der gestiegene Umsatz deutlich in Erscheinung. So erhöhten sich Forderungen und Bankguthaben ganz bedeutend von 1,3 auf 2 Millionen Mark, während die Warenschulden und Anzahlungen von 1,4 auf 1,8 Millionen Mark stiegen. Die Gesellschaft, die eine Anzahl hochwertiger Patente besitzt, hat kürzlich eine neue Dampfmotorschine herausgebracht, von der sie sich für das In- und Ausland besondere Abzählmöglichkeiten verspricht.

Neue Schuhpreiserhöhungen. Die Verluste der Schuhsabrik Herz. Der Verlustabschluß der in der Lugschuhindustrie bekannten Schuhsabrik Herz in Frankfurt a. M. ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. Obwohl die Gesellschaft ihre Betriebe bereits im vorigen Jahre von der Lugswaren- auf die billigere Massenproduktion umstellte, konnte sie, wie der Geschäftsbericht sagt, trotz gesteigerter Produktion die Kosten nicht in dem Maße senken, um die Stiefelpreise der geschwächten Kaufkraft anzupassen. Trotzdem läßt sich hieraus allein der ziemlich hohe Verlust von rund 135 000 M. bei einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark nicht erklären. Die Schuhindustrie befindet sich seit Anfang dieses Jahres in einer sehr guten Konjunktur und ist bisher im ganzen von der Verteuerung auf dem Häute- und Ledermarkt durch rechtzeitige Deckungskäufe so gut wie gar nicht betroffen worden. Es ist von Schuhindustriellen selbst festgestellt worden, daß trotz des sehr stillen Herbstabschlusses die Rohstoffvorräte in den Fabriken bei richtiger Disposition noch eine Zeitlang ausreichen würden. Wenn daher die Verwaltung der Herz-Gesellschaft den Verlust auf die Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung zurückführt, so kann hier eine falsche Einkaufspolitik die Schuld tragen. Dafür spricht schon, daß die Gesellschaft vom 1. Oktober ab ihre Schuhpreise entsprechend der Verteuerung auf dem Leder- und Häutemarkt heraufgesetzt hat, während andere Kreise der Schuhindustrie erst kürzlich demüthigerweise erklärten, daß zurzeit eine Preiserhöhung für Schuhe noch nicht in Frage käme. Preis-

erhöhungen sind natürlich das denkbar ungeeignetste Mittel, um besser ins Geschäft zu kommen. Das wird die Herz-Gesellschaft bald selber merken.

Die Kohlenausfuhr stark gestiegen. Im dritten Vierteljahr hat der Wert der deutschen Kohlenausfuhr entgegen den immerwährenden Klagen der Bergherren eine überraschende Entwicklung nach oben genommen. Der Ausfuhrwert von Steinkohle, Braunkohle, Koks und Brechholze ist nach dem starken aber begreiflichen Rückgang im zweiten Vierteljahr von 209,2 Millionen auf 127,8 Millionen im dritten Vierteljahr auf 159,4 Millionen Mark angestiegen, während der Wert der Kohleneinfuhr nur von 33,6 Millionen auf 36,3 Millionen Mark anwuchs. Der Ausfuhrüberschuß hat sich von 94,2 Millionen auf 123,1 Millionen Mark erhöht. Das sind etwa 30 Proz. mehr als im Zeitraum von April bis Juni.

Die Konzentrationsbewegung in der Kalkindustrie. Die fortschreitende Konzentration in der Kalkindustrie geht daraus hervor, daß an der Förderung in der ersten Hälfte d. J. von 228 mit einer Beteiligungsziffer ausgestatteten Werken nur durchschnittlich 61 Werke beteiligt waren. Im Jahre 1925 betrug deren Zahl noch 85 und im Jahre 1923 noch 126. Nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes betrug die Belegschaft der Kalkwerke einschließlich Nebenbetriebe im ersten Halbjahr 1927 durchschnittlich 21 200. Die Förderung von Kalzfalken belief sich auf rund 54,13 Millionen Doppelzentner mit 7,38 Millionen Doppelzentner Reinkalzfalken. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1926 bedeutet dies einen Mehrgewinn um rund 11 Proz. an Rohfalken und um circa 16 Proz. an Reinkalk.

Von dem in Konkurs gegangenen Himmelsbach-Konzern wurde kürzlich gemeldet, daß ein erheblicher Teil seiner süddeutschen Anlagen von den Rüttgers-Werken übernommen werden soll. Diese zweifelhafte Verbesserung in der Lage der Himmelsbach-W. G. wird unterstrichen durch eine Rostauer Mitteilung, wonach sich aus der Liquidation der Maloga-Konzession, an der die Firma Himmelsbach erheblich beteiligt ist, noch weitere Ausschüttungen von 3,7 Millionen Mark ergeben werden.



Eine Hand schafft für zehn

wenn Sie sich bei Ihrer täglichen Putzarbeit durch VIM helfen lassen.

Müheles putzt, scheuert und poliert VIM alles und bringt strahlende Sauberkeit in Küche und Haus, in Werkstatt und Geschäft.

VIM kratzt nicht und greift nichts an. Wer VIM kennt, will's nimmer missen.

„Sunlicht“ Mannheim





PREISKRÖNUNG  
DER  
**OPEL**  
WAGEN

100000 Km. + 200000 Km.

Täglich werden Mitteilungen bekannt über erstaunliche Fahrleistungen, die von Opel-Wagen jeder Stärke im Dienste des praktischen Verkehrs erzielt werden. Zehntausende von Kilometern haben diese Opel-Wagen zurückgelegt, unermüdetlich, in Wind und Wetter, auf unwegsamsten Straßen, im Gebirge so schnell wie in der Ebene, anspruchlos in Pflege und Bedienung, ohne je zu versagen. Da derartige Leistungen für die Güte des Fabrikats einen in jeder Beziehung wichtigeren Maßstab bilden als irgendwelche sportliche Rennerfolge und daher weitaus höhere Berechtigung zu öffentlicher Anerkennung besitzen, hat die Firma Opel beschlossen, solche Wagen mit Preisen auszuzeichnen, und zwar:

bei Zurücklegung von 100000 km. mit der Silberplakette  
bei Zurücklegung von 200000 km. mit der Goldplakette

ANTRÄGE AN  
**OPEL**  
RUSSELSHEIM A. MAIN

**Männer!**  
Sie kennen **Okasa** noch nicht?  
(nach Geheimrat Dr. med. Lehmann)

Wir geben Ihnen Gelegenheit, das tausendfach bewährte Sexual- u. Nervenkraftgemittel kennen u. schätzen zu lernen. Wir versenden **unserer 30 000 Probenpackungen!**

Verlangen Sie hochinteressante Proben und legen die 50 Pf. für Doppelbrief-Porto bei. Sie erhalten dies sofort & akret in verschlossener Briefumschlag ohne jeden Andruck.

Wir legen noch bei: **1 Probenpackung**, Urteile von Aerzten u. Anerkennungen dankbarer Verbraucher. Ihr Misstrauen wird geschwunden, denn Sie werden sich selbst von der vorzüglichen Wirkung überzeugen! Original-Packungen zu 2,50 Mk. erhalten Sie in den Apotheken, die Probenpackung aber nur auf schriftl. Anford. durch das Generallager Radlowsky-Krone-Apothek, Berlin W. 61, Friedrichstr. 100.

**KLEINE ANZEIGEN**  
In der Gesamtauflage des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem **sehr billig!**



**Bruch-Heilung**



von Behörden bestätigt!  
Ohne Operation, ohne Berufsförderung!  
Sprechstunde unserer speziell ausgebildeten Vertrauensärzte in:

Berlin: Freitag, 11. Nov. vorm. von 9-1 Uhr und nachm. von 3-7 Uhr; Sonnabend, 12. Nov. vorm. von 9-1 Uhr und nachm. von 3-7 Uhr; Sonntag, 13. Nov. vorm. von 9-2 Uhr  
Hamburg: Wochentage 10-12 und 4-6 Uhr, außer Sonnabend-nachmittag im Institut.

„Hermes“ Vezilisches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Gipsstraße 6.  
Zieltes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Mal Firma achten! Weag. 1891.  
Eingeliefert direkt an Verkauft  
**tepp- und Daunendecken**

laufen sie billiger ab als bei  
Kernhard Witzmann, Berlin 514,  
Wallstraße 72. Unter- u. Halb-Preise.  
Wied. u. Einzelk., in 1000m. und  
fest. Betten, Bettdecken u. Bettmöbel. Hausen billig.  
Hilfen: Spinnerei, Ding. nur alte Teppiche.  
Wahlstraße 21-22. in der Nähe u. Wallstraße  
W. Nikolausplatz 2. oder Frauenhofstraße  
und Wachenstraße 21 am Kolonnenplatz  
Reparat. led. Art - Kleider- u. Bekleidungsarbeiten

**Glaswaren**  
jeder Art



and bis zu  
**12 Monatsraten**

**Raddatz & Co.**  
Berlin, Leipziger Str. 127-128

Unserem Parteigenossen  
**Richard Pape**  
Schrittgeber  
Reinhold, Schillerpromenade 4  
zu seinem 60. Geburtstag und  
30 Jahre Parteimitgliedschaft  
die herzlichsten Glückwünsche  
Die Genossen und Genossinnen  
ber. 91. Abteilung, 67. Bezirk.

Allen Freunden, Bekannten und  
Genossen zur Nachricht, daß unsere Tochter  
**Anna Thieme**  
am 3. November 1927 entlassen ist.  
Dieses ist ein Heftchen an  
Schulhausleiter, Karl Thieme u. Frau  
Werner u. Hilse.  
Die Einlieferung findet am  
Mittwoch, dem 8. Novbr., 4 Uhr nachm., im  
Krematorium Baumhofsberg statt

**Lampenschirme und Kronen**  
Tisch- und Hängelampen, größte Auswahl, Teilschaltung, v. Selbstentzünden, auch Aufhängelampen und Kronen.  
Kein Laden. Sie besuchen den Weg nicht - Untergrundbahn-Haltestelle.  
**Anna Perlewitz, Schölenstraße 33,**  
am Kolonnenplatz

## Armut.

In saurem Schweiß wächst ihrer Halme Frucht,  
gedüngt vom Tränenstrom der bitteren Not;  
und ob sie auch die Lebensquelle sucht,  
ihr Weg ist dürr und steinert und verflucht,  
ein täglich Mühen um das bißchen Brot.  
Die Kinder sterben still in dunkeln Kammern,  
von Not verzehrt, von Sonne nie beglückt,  
und möchten sich im letzten Atem klammern  
noch an ein Leben, das der Sturm zerpfückt.

So ist dir jeder Tag ein ewig Sterben,  
ein stetes Wandern in das Abendrot.  
Und aus den Händen gleiten dir die Scherben ...  
bis eines Tages dich in sanftem Werden  
dein ein'ger Freund bekränzt, der Schnitter Tod.

Herbert Kraus.

## Meine ersten Agitationslorbeeren.

Von Eduard Bernstein.

Meine Erinnerungen aus der Agitation gehen hauptsächlich auf die Zeit zurück, wo die deutsche Sozialdemokratie noch gespalten war, und beziehen sich allein da auf Kämpfe mit erheblichen Schwierigkeiten. Nach der im Jahre 1875 erfolgten Vereinigung der feindlichen Brüder bin ich fast nur zu großen Versammlungen herangezogen worden, deren Durchführung eine Kleinigkeit war und bei denen das Auftreten von Gegnern mit Heiterkeit begrüßt wurde. Die Agitation an kleineren Ortschaften, wo man oft mit Winkelmäkeln fürchtlich nehmen und auf böse Ueberfälle von fanatisierten Burken gefaßt sein mußte, wurde Genossen mit derberer Konstitution überlassen.

Ganz anders in den ersten Jahren meiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie. Ich war der Partei der zu August Bebel und Wilhelm Liebknecht haltenden Eisenacher beigetreten, und die hatte in Berlin einen doppelt so schweren Stand. Denn hier stand ihr neben dem allgemeinen Vorurteil der bürgerlichen Parteien gegen alles, was Sozialismus hieß, der an Mitgliedern ungleich stärkere und über bedeutend mehr sonstige Agitationsmittel verfügende Allgemeine Deutsche Arbeitervereine der Sozialisten gegenüber, dessen Leitung alles aufbot, die „Christlichen“ — welchen spöttlich gemeinten Spitznamen sie den Eisenachern beilegte hatte — in der Reichshauptstadt nicht aufkommen zu lassen. Eine Versammlung in einem großen Saal abzuhalten, durften die Eisenacher hier nicht wagen, sie wurde unfehlbar von den Vassallensparten gepregelt, die bei den Bauarbeitern über eine wohlgeordnete Sprenggarde verfügten. Ich selbst aber wagte längere Zeit hier auch nicht in den kleinen Mitgliederversammlungen der Eisenacher das Wort zu nehmen, da ich fürchtete, nicht über die dazu nötige Rednergabe zu verfügen. Meine ersten Agitationslorbeeren — wenn es erlaubt ist, dies Wort zu gebrauchen — habe ich mir sozusagen auf den Dörfern erworben, das heißt in kleineren Ortschaften in der näheren und weiteren Umgegend Berlins.

Das erstemal, wo ich es wagte, in einer politischen Versammlung das Wort zu nehmen, geschah in Charlottenburg, damals — 1872 — noch richtiges Dorf und noch nicht mit Berlin durch die Straßenbahn verbunden. Dort hatte ein Literat, der von den Sozialisten zu den Fortschrittler übergegangen war, unserm rednerisch sehr begabten Genossen Max Kasper einen so wüsten Schwamm von Phrasen entgegengeschleudert, daß es mich nicht hielt, gegen ihn das Wort zu nehmen. Die Wirkung meiner Antwort war, daß anwesende Genossen aus Spandau mich erludeten, bei ihnen einen Agitationsvortrag zu halten, was ich auch tat. Und damit war die Schiene eröffnet. Sehr bald wurde ich zweiter Referent in einer Agitationsversammlung unserer Partei in dem eine Station der Berlin-Anhalterischen Bahn bildenden Fabrikstädtchen Ludenwalde, und auf Wunsch der dortigen Parteigenossen habe ich dann von da ab in einer Anzahl kleinerer Orte ihres weit ausgedehnten Wahlkreises Ludenwalde-Lüterbog, Juch-Beitzig, für die Partei „gepaukt“. Da ich damals Bureauangestellter in einem Bankgeschäft war und feiner der Orte Bahnverbindung hatte, keine ganz leichte Aufgabe. Aber der Eifer für die Partei ließ uns alles überwinden. Gewöhnlich machten wir die Sache so, daß ich Sonnabend abends nach Feierabend nach Ludenwalde oder der nächsten größeren Eisenbahnstation Lütersbog fuhr, dort, nachdem ich der Mitgliedschaft einen Vortrag gehalten, übernachtete, und am Sonntagmorgen mit einer Anzahl ortsanfässiger Genossen auf einem Leiterwagen rechts oder links der Bahn ins Land transportiert wurde. Uebermäßig bequem war das nicht, manchmal mußten wir recht gedrängt sitzen, und die Landstraßen ließen in bezug auf glatte Fahrt viel zu wünschen übrig. Dabei dauerte das gewöhnlich stundenlang. Als ich einmal in dem schon nahe der Grenze der Niederlausitz gelegenen Städtchen Dahme „gepaukt“ hatte, langte der Wagen, der uns gefahren hatte, erst um 2 Uhr nachts in Lütersbog an, wo ich dann mit unserem dortigen Vertrauensmann das von seiner Frau, die sich in Vorausicht des Kommens früh hingelegt hatte, geraumte Ehebett teilen mußte, um es schon um 6 1/2 Uhr früh wieder zu verlassen. Aber ich war ein hunger Keil, hatte einen gesunden Schlaf, und so hat mir das, wie Figure zeigt, ebensowenig geschadet, wie eine ziemlich 1 1/2 Jahre später in dem an der Berlin-Stettiner Bahn gelegenen Städtchen Betrau nach einer Agitationsversammlung ganz mißer Bett zugebrachte Winternacht.

## Von den Geheimnissen des Tierreichs.

Hat der Elefant Knochen in seinem Rüssel? Das merkwürdige Organ des Elefanten, das als Rieß- und Greifwerkzeug zugleich dient, ist völlig knochenlos, hat dafür aber an 40 000 Muskeln, sein Wunder also, daß es so geschmeidig ist. Wenn der Elefant seinen Rüssel nicht hätte, würde er vor Hunger und Durst sterben, denn da er einen sehr kurzen Hals hat, kann er nicht auf dieselbe Weise treffen, wie andere Vierfüßler: mit dem Rüssel aber kann er sich Zweige heranziehen und Gros abrufen und kann auch trinken. Sein Rüssel vermag so fein zu arbeiten, daß er damit eine Stachnadel vom Boden aufheben, aber zugleich so kräftig, daß er einen Menschen hoch in die Luft schleudern kann. Ein zahmer Elefant in Indien, dem durch einen unglücklichen Zufall der Rüssel abgeschlagen wurde, mußte dann Zeit seines Lebens wie ein Säugling gefüttert werden.

Der Schädel des Elefanten ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie geschickt die Natur schwierige Probleme zu lösen weiß. Wäre der riesige Kopf ebenso gebaut, wie der anderer Säugtiere, so würde er so schwer sein, daß auch der starke Elefant ihn nur mit Mühe tragen könnte. Aber da die Schädelknochen hohl sind und Luftkanäle haben wie ein Schwamm, ist das Gewicht des Kopfes im Verhältnis zu seiner Größe gering. Gerade bei diesen Riesentieren müssen die ganzen Einrichtungen des Organismus ja besonderer Art sein, um so ein Geschöpf lebensfähig zu machen.

## Das Herz der Partei.

Von Max Dornu.

Abends. Hans und Minna Jobel kamen von der Parteiverammlung. Es ging auf ihre eise. Es regnete leise. Und in den Bäumen des Parkes rauschte es wie Meeresbrausen. Der Herbststurm. Der Abkürzungsweg führte die Eheleute Jobel durch den nächtlichen Park. Sie schritten wie Fürsten — durch lauter Gold. Man sah das deutlich, unterm Licht der gelbweißen Gaslaternen. Wie das Gold nur so raschelt, wie schön sich's drin schreitet — das bunte Herbstlaub, Gold der Platanen, des Ahorns und der Buche und Eiche. War auch brauner Bernstein beim Gold — und — — ha! der Sturm, mit beiden Händen warf er all den Reichtum in die Luft, das bunte Herbstlaub wirbelte dem Hans und der Minna Jobel um die Köpfe. Es regnet. Abends spät. Herbst. Samstag. Morgen schlafen wir aus.

Run sind die Eheleute daheim. Auf Zehenspitzen geht die Mutter ins Schlafzimmer, sie horcht auf den Herzschlag ihrer Lieblinge: die träumen, süß und bitter. Drei Kinder. Vater schmiert sich in der Küche noch 'ne Scheibe Roggenbrot. Und Mutter setzt jetzt den Rest Kaffee auf Gas. Und dann sagt Papa: „Du, Mutter, also wie's auf der Versammlung beschlossen wurde, so bleib's?“ „Gemächlich,“ sagt Mutter, „nächsten Sonntag gehen wir auf Hausagitation, für Partei und Presse.“ — Fein! — Papi und Mutti gehen sich noch 'nen Ruf. Und dann liegen sie im Bett. Und dann schlafen sie. Draußen regnet und stürmt es. Spighuben gehen auf Gummijohlen. Im Gaswerk brennen die Feuer. Im Spital stirbt ein Greis. —

Der nächste Sonntag ist da. Acht Tage sind um. Also heute: Werbung!

Hans Jobel und Minna Jobel klingeln. Drinnen hört man Kinder schreien. Eine vergrämte Frau öffnet die Tür: „Bitte, kommen Sie herein.“ — Und Jobels sind drinnen. In der engen Stube ist große Unordnung. Es riecht nach schmutzigen Kleidern und nach altem Essen. Minna sagt: „Liebe Frau, wir bringen Ihnen das Herz der Partei. Das Herz der roten Arbeiterpartei. Freude soll sein in Ihrem Hause. Und Friede soll mit Ihnen und mit Ihrem Manne und mit Ihren Kindern sein.“ „Ach,“ geht sie los, „kammer die vergrämte Frau, „Freude und Friede, bei acht Kindern? Das gibt es nicht. Wir plagen uns, mein Mann und ich. Ach so, in die Partei sollen wir eintreten? Wissen Sie, dafür haben wir kein Geld.“ Sagt Hans Jobel: „Frauchen, wir wollen nicht Ihr Geld, wir wollen Ihr Herz, wir bringen Herz und wir holen Herz. Wir wollen Sie als Mensch. Gemeinschaft soll uns verbinden. Gemeinsam wollen wir Ihre Räte überwinden.“ — Und schließlich? Die Frau mit den acht Kindern bestell die Parteizeitung. Parteimitgliedschaft? Später.

Ein anderes Haus. Alles sauber. Die Küche blüheblau. „Besuch — so, Ihr kommt von der Partei? Und euer rotes Herz bringt Ihr mit? Gut. Hier ist 'n Kuchensteller, legt euer rotes Herz da mal drauf. Wir schneiden Scheiben ab. Wie schmeckt euch unser Kuchen? Und das ist echter Bohnenkaffee. Wenn Ihr von den Sozials kommt, sollt Ihr auch sozial bewirtet sein. Meine Frau und ich — wir wählen immer SPD. Haben das nie anders getan. Zeitung? Ei, natürlich, schon lange, was sollten wir als Proleten denn anderes lesen, als die Arbeiterzeitung? Ich bin Maschinenist bei Firma Ausbeutung u. Co. Kinder? Ach, leider nicht zu dienen. Aber wir gehn gerne ins Theater zusammen.“ Die Frau lächelt, leisebitter: „Nicht, und sonst — geht mein Mann auch gerne mal alleine aus, zum Stat.“ Er: „Und du zum Kaffeeklatsch.“ Alle viere lachen. „In die Partei hinein? Gewiß, sicher, hätten wir schon längst machen können, aber immer fehlte die Zeit. Heute wollt ihr unser Herz holen? Bitte, da habt ihr's, geht zwei Mitgliebsbücher her, wir schreiben uns rot mit unserem Herzblut hinein. Njjes. Nehmt doch euren Kindern 'n Stück Kuchen mit.“ „Ja. Danke.“ — Freiheit!

Wo anders. Reusch, hier riecht es nach Monarchen, Willems und Friedrichs in drei Generationen an der Wand. Kriegsbilder. Wir sind beim Stahlhelm. — Was, bei die Sozials soll ich gehen? Ach. Nicht in die Lüste. Ich war mal bei den Kommunisten, da habe ich allerhand böse Erfahrungen gemacht. Run bin ich beim Stahlhelm, da habe ich viele Vorteile, im Betriebe bin ich bei den Vorgelegten hochgeachtet. Krieg? Ich, wie denn? War man halb so wild mit dem Krieg, ich war reklamiert, verdiente mein schönes Geld. Ich bin im Krieg mit meiner Frau woll immer satt geworden, was, Gertrud? Gertrud sagt: „Man muß wie 'ne Spize vom Zwirn sein, man muß immer schauen, daß man gut durch's Nadelöhr hindurch kommt, die Nadeln sind die Reichen, die ziehen uns Proletensäden durch das Kleid Leben hindurch.“ „Dawohl, stimmt,“ sagt Hans Jobel, „aber die Reichen nähern auch die Taschen zu. Sagt mal, was wäre denn die kapitalistische Nadel ohne den proletarischen Zwirn? Nichts, nur ein Stachapparat.“ „Mag sein,

rote Fische stechen aber auch: bei den roten Fischen von den Kommunisten...“ „Na, überlegt euch mal alles, hier habt ihr Werbeschriften.“ „Ach, na. Nehmt das man gleich wieder mit; Gertrud und ich bleiben Stahlhelm.“ „Dann viel Glück, wenn's nochmal Krieg gibt, bleibst du wieder daheim, als Fiedwibel am Bierisch.“ — Die Tür schlägt hart zu. Verlorene Zeit.

Und noch ein Duzendmal gingen Hans und Minna Jobel treppauf, treppab, mal Erfolg, mal keinen Erfolg. Aber immer guten Mutes. Immer das rote Freundesherz der Partei in Händen, rote Flammen im Munde, die Junge brennt Liebe, die Hand sagt: Kameraden!

Dann sahen Hans und Minna Jobel zu Mittag in der Parteiwirtschaft. Die war proppenvoll, alles Genossen und Genossinnen von der Agitation. Da speiste man 'ne Portion Eisbein mit Kraut. Es gab zwei Glas biantes Bier. Und es gab ein lebhaftes Gespräch, Lachen und Sichfreuen —, auch manches bittere Wort: über die Lauen und Zweifler, die das rote Herz der Partei als einen Edamer Käse sehen wollten: was für Vorteile zunächst? Wie wird unser Teller voller? Wenn man aber von den Erfolgen erzählte, dann war das, als ob die Herzen der Werbenden sich in quackelberigem Zustande befanden: wir erreichen was, unsere Gemeinde wird größer! Schön, wenn wir so gegenseitig unsere Erfahrungen austauschen. Aber nun geht's wieder los. „Minna, du denkst an die Kleinen daheim? Mach' dir keine Sorgen.“ „Die Erna hatte so bösen Husten.“ „Suh, da sorgt die Oma schon für heißen Henig.“ Und Minna Jobel und Papa Jobel trennten sich für 'ne Weile. Jedes ging einen besonderen Besuch machen.

Frau Minna bei einer Wittfrau. „Ja, ich bin nun einundsechzig. Mein Mann ist schon fünfzehn Jahre tot. Und Herz bringen Sie mir? Schön, schön. Ich habe im Leben fast nur immer Galle bekommen. Herz, in eine Zeitung eingepackt, sagen Sie? Gut, dann abonniere ich Ihre Arbeiterzeitung. Und in der Partei wäre Liebe? Auch ich alte Frau brauche noch Liebe. Gut. Ich komme auch in die Partei, bildlich gemeint, als Mitglied, laufen kann ich nicht mehr, sehen Sie her, meine Beine sind wie Holz, und kalt sind meine Beine. Ich bin lahm. Und das da ist Bugellieb — meine Kage. Schönes Grau, nicht wahr? Wie Seide. Wie? Wie? Wie?“

Die roten Eheleute zusammen in der Beamtenfamilie. — „Herz? Parteierz? Volkserz? Gemeinshaft? Aber wir Beamte sind doch ein besonderer Stand, wenn nicht gerade höher. So, Sie wollen dafür sorgen, daß unsere Gehälter aufgebessert werden? Ja, das ist dann was anderes, dann man her mit dem Sozialherzen. Wir abonnieren die Zeitung. Und ich gehe in die Partei. Meine Frau nicht. Die soll auf die Kinder passen, Versammlungsleiter ist nichts für Beamtenfrauen. Da, Frau Agitator, edle Sozia, nehmen Sie mit: diese Blume, stecken Sie sich die an den hohen Busen, ein schönes rotes Alpenveilchen, ich hatte gestern Geburtstag.“ Und lachend nimmt unsere liebe Genossin Minna den roten Schmetterling, das Alpenveilchen, schade! Es riecht nicht.

Beim Kriegsvorstellung. — „Was, Sie glauben noch an Herzen? Bei zehn Millionen Kriegstoten? Fort, sage ich, fort mit dem Glauben an die Menschen, von Gott wollen wir gar nicht reden. Gott haben wir längst zu Asche verbrannt. Aber immerhin, die Roten haben für uns Kriegsvorstellung manches im Parlament herausgeholt, und da Sie, roter Mann und rote Frau, sich eigens zu mir herausbemüht haben, so unterschreiben Sie für mich, ich gehe in die Partei; da, auf der Kommode liegt 'n Meißel, seien Sie meine Schreibehand. Sie sehen ja, ich habe keine Arme mehr: Verdun! Verdun!“

Anderswo. — Der Angestellte sagte: „Meine Frau ist nicht zu Hause, selbständig kann ich keine politischen Entscheidungen treffen. Dann auch — dieses — seit dreißig Jahren bin ich im Deutschnationalen Handlungsgehilfen...“ „Leben Sie wohl: Verein! Handlungsgehilfensverein, laßt euch vereint ausbeuten. Deutschnational!“

Und nun ist Abend. Hans und Minna Jobel daheim. Mutter gibt ihr heiße Milch mit viel Zucker drin.

Und dann gehen wir schlafen, morgen ist Montag, da heißt es wieder schaffen. Nicht so schön schaffen, wie heute. Heute schloffen wir für die Partei, fürs Herz des Volkes und fürs Herz der Menschheit. Wir brachten Herz, wir fanden Herz; wir hatten Erfolge und Mißerfolge. Wir nahmen's wie's kam. Sehr gute Nacht.

Hans und Minna träumen. Die Welt war ein einziges großes Herz geworden, die Himmelstoppel war eine Herzwaldung, quer drüber stand die goldene Milchstraße, eine Brücke. Sah man genauer hin, dann war die Brücke der Milchstraße illuminiert, goldene Sternensichter einten sich zur Schrift — und was sagte die Schrift? „Harmonie alles Selenden. Sozialismus!“

## Können Tiere jahrelang leben, ohne zu essen?

Ein altes Sprichwort sagt: „Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen!“ Damit ist ausgedrückt, daß kein vernünftiger Mensch daran glaubt, daß ein Lebewesen ohne Nahrungsaufnahme bestehen kann. In einem Roman des bekannten norwegischen Dichters Hans C. Kinn macht ein altes Bäuerlein, bei dem es nicht ganz richtig im Kopf ist, mit seiner einzigen Ziege den Versuch, ihr das Fressen abzugewöhnen, aber „das dumme Luder“ begreift die Weisheit nicht, sondern verreckt elendig. Dagegen weiß der englische Gelehrte Arthur Schlegel von einem kleinen Tier zu erzählen, das „Larigrada“ heißt und entfernt mit den Spinnen verwandt ist. Wenn es keine Nahrung zu sich nimmt, trocknet es ein, daß alles Leben in ihm erloschen scheint, so kann es jahrelang liegen, um dann in feuchter Umgebung wieder aufzuleben, ohne irgendwelchen Schaden von dem merkwürdigen Abenteuer genommen zu haben.

Auch gewisse Schneckenarten können jahrelang ohne Nahrung wie tot daliegen, um dann plötzlich wieder aufzuleben, als wäre nicht das geringste geschehen. Das schlagendste Beispiel für diese Eigenschaft bot eine ägyptische Mäusenähe, die am 25. März 1846 in anscheinend totem Zustande in einem Fach des Britischen Museums untergebracht wurde. Am 7. März 1850, also fast vier Jahre später, bemerkte man, wie sie aus ihrem langen Schlaf erwachte und aus ihrem Gehäuse heraustrat. Man nahm sie aus dem Schrank und bewahrte sie im Freien auf, wo sie noch ziemlich lange Zeit lebte.

Für das Märchen von Dornröschen sind also auch im Tierreich Beispiele zu finden.

## Kohlkost oder gekochte Kost?

Im Laufe der letzten Jahre wird immer mehr darüber diskutiert, ob für den menschlichen Organismus rohe oder gekochte Kost nützlicher wäre. Es sind daran in erster Linie die erfolgreichen Vitaminforschungen des letzten Dezenniums, und hier speziell die Erkenntnis der Thermolabilität einiger Vitamine, schuld. Den letzten Anstoß zur gründlichen Nachprüfung dieser Frage gaben die Untersuchungen eines Berliner Arztes. Dieser glaubte auf Grund von Tierversuchen festgestellt zu haben, daß durch das Kochen, vor allem durch längeres Warmstellen der Speisen, wie es ja in Gastwirtschaften so häufig der Fall ist, ungeheure Werte der ursprünglichen Kohlkost vernichtet würden. Diese Behauptungen haben erakten Nachprüfungen von Dr. Scheunert und E. Wagner nicht standhalten können. Die letzteren stellten sehr verschiedene und umfangreiche Versuchsreihen an, die übereinstimmend zu dem Ergebnis führten, daß die Kohlkost keine Überlebenszeit gegenüber einer gargekochten Kost als auch einer 4 Stunden auf 94 bis 97 Grad länger erhitzten Kost bietet. Im Gegenteil zeigte sich eine Unterlegenheit der Rohkost. Eigenlich ist diese Feststellung nichts Neues, sie bestätigt nur eine Jahrtausende alte Erfahrung, daß durch das Kochen Wohlgeschmack und Verdaulichkeit der Speisen wesentlich erhöht werden, ganz abgesehen davon, daß die Hitze die Nahrungsmittel von etwaigen Krankheitserregern befreit und daß uns in kalten Jahreszeiten warme Speisen direkt ein Bedürfnis sind. Ganz gewiß werden durch langes Kochen verschiedene Vitamine zerstört, aber zur Deckung unseres Vitaminbedarfs genügen Obst, Salate und die geringen Mengen pflanzlicher Rohkost, die wir doch stets zu genießen pflegen, vollauf. Sicherlich ist das übermäßige Gemischen von Rohkost auch nur eine der Todesströmungen unserer Zeit.

